

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Poststellen
nennen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Pozener Zeitung.

Bweinndiebziger Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Seiten oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureau der Pozener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. G. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Gaßkiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. D. Kempner; in Bromberg C. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Fletemeyer, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Laubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kadath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 23. September. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht: Dem Kronprinzen von Preußen K. H. den Stern der Groß-Komturure zum Kreuz der Groß-Komturure des R. Haus-Ordens von Hohenzollern zu verleihen; den Ersten Präsidenten des ostpreußischen Tribunals zu Königsberg i. Pr. Dr. v. Gohler, zum Rangier im Königreich Preußen mit dem Prädikat "Excellenz" zu ernennen; dem Hafenbau-Inspектор Frey in Pillau und dem Wasserbau-Inspектор Lettgau in Labiau den Charakter als Bau-Rath, dem Kommerzien- und Admiraltäts-Rath Gaecke in Königsberg den Charakter als Geh. Kommerzien-Rath, ferner dem Kaufmann und Ritter Gibson in Danzig, dem Fabrikbesitzer Laue in Pinnow, Kr. Wehlau, dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Ostdendorf in Königsberg und dem Bankier Knippel zu Tilsit den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.

Bei dem Ministerium der geistlichen ic. Angelegenheiten ist der Geheimexpedirende Sekretär und Kalkulator Hasselbach zum Kontrolleur der Generalkasse ernannt und der Bureau-Diätarius Schalhorn ist bei derselben Kasse als Sekretär angestellt worden.

Sultan und Khedive.

Der muselmännische Fatalismus, diese Unterwerfung unter das Schicksal, bewährt sich an dem Groß-Sultan Abdul-Aziz nicht. Die Niederwerfung des kretischen Aufstandes, das Auftreten gegen Serbien und Rumänien beweisen eine Energie, welche man dem "franken Manne" nicht zugetraut hatte; und kaum ist der griechisch-türkische Konflikt glücklich beendet, scheint ihm die Gelegenheit günstig, seinen immer mächtiger werdenden Vasallen am Nil einen Baum anzulegen. Der Vizekönig von Egypten ist es, dem der Sultan zuerst, seine Macht fühlen lassen und beweisen will, daß das geflügelte Wort des Kaisers Nikolaus von Russland vom frischen Manne sich überlebt habe. Die Reise des Khedive an die europäischen Höfe bot den vollkommenen Anlaß dazu. Die Einladung der europäischen Souveräne zur Feier der Gründung des Suezkanals, die Unterhandlung in wegen Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit wurden dem Sultan als eine hochrätlerische Handlung dargestellt und hatten die Absendung einer Note des Großveziers Aali Pascha zur Folge, in welcher letzterer dem Vizekönig in ungeschminkten Worten zu verstehen gab, daß die egyptische Hoheit nur ein Würdenträger und Beamter des Sultans sei und daß er als solcher mit auswärtigen Mächten in keine direkten offiziellen Beziehungen treten dürfe. Das Schreiben schloß mit der kategorischen Frage, ob der Vizekönig die ihm in den Fermanen vorgezeichneten Bedingungen einhalten und für sein Verhalten Garantien bieten wolle. Der Vizekönig beeilte sich darauf in den devotesten Ausdrücken den Sultan seiner Loyalität zu versichern und zu erklären, wie nur Böswilligkeit seiner ganz unversänglichen Handlungsweise verrätherische Absichten unterlegen und darin auch nur eine Überschreitung ihm zweifellos zuführender Befugnisse erblicken konnte. Diese Zusicherungen Ismail Paschas sind letzterem jedoch nicht ausreichend gewesen, wie dies die vom 30. v. M. datirte Note, welche zur Erwiderung auf die vizekönigliche Vertheidigung erflossen und kategorische Forderungen stellt, beweist.

Über den Inhalt dieses wichtigen Dokumentes waren bis jetzt verschiedene Versionen im Umlauf, der "International" ist nun im Stande, den Wortlaut desselben zu geben, woraus man er sieht, daß die früher veröffentlichte Analyse der einzelnen Forderungen ungenau war. So wird als Maximum des Effektivbestandes der egyptischen Truppen in dem Schreiben des Großveziers nicht auf 18,000, sondern entsprechend der letzten Frage vom Jahre 1866 auf 30,000 festgesetzt. Andere Forderungen, welche angeblich in dem Schreiben enthalten sein sollten, wie die der Ausführung des Tansimats in Egypten, der Reduktion der Steuern auf die zur Zeit des Regierungsantritts des Vizekönigs stattgehabte Höhe, das Verbot von Todesurtheilen und Güterkonfiskationen ohne die Genehmigung des Sultans, endlich die Forderung einer genauen Übereinstimmung der egyptischen und türkischen Uniformen finden sich in dem großherzlichen Schreiben nicht vor. Trotzdem sind die Forderungen immerhin derart, die egyptische Regierung gerade empfindlich zu treffen. Denn außer der erwähnten Heeresverminderung verlangt der Sultan die Ablieferung der neuerrichteten in Europa und Amerika bestellten Zündnadelgewehre und Panzerschiffe gegen Zahlung des Selbstkostenpreises, die Darlegung des Budgets, die Einholung der Genehmigung der Pforte für Anlehen im Auslande, endlich die Einstellung jedes selbstständigen diplomatischen Verkehrs. Schließlich wird noch eine strengere Überwachung des egyptischen Beamtenstandes gefordert und namentlich die schlechte Behandlung gerügt, welcher in Egypten die türkischen Pilger in diesem Jahre ausgesetzt waren.

Auf dieses Schreiben ist seitens des Vizekönigs bis jetzt keine Antwort erfolgt und nach allen bisherigen Nachrichten ein unbedingtes Eingehen auf die in demselben enthaltenen Forderungen im höchsten Grade unwahrscheinlich. Ismail Pascha war früher vom Sultan mit Aufmerksamkeit und Zuverlässigkeit behandelt worden, man hatte ihn mit Auszeichnungen und Ehrenbezeugungen überhäuft, erst noch vor zwei Jahren ward ihm das Recht zugestanden, den Titel "Hoheit" zu führen und seine Vizekönigswürde in direkter Linie weiter zu vererben. Er hatte in seiner Statthalterschaft frei schalten und walten, eine Armee und eine Flotte halten, nach Gudkünen Steuern erheben

und Anleihen machen dürfen, es war der Pforte nie eingefallen, ihm in irgend einer Beziehung Beschränkungen aufzuerlegen, wenn er sie nur im Kriege mit dem vertragsmäßigen Kontingente unterstützte und seinen Tribut pünktlich bezahlte.

Der Sultan täuscht sich wohl, wenn er glaubt, daß die Garantiemächte ihm bei dieser Gelegenheit dieselbe Unterstützung gewähren werden, wie bei dem Konflikt mit Griechenland. Eine Einverleibung Egyptens als türkische Provinz — und dies wäre ohne Zweifel die Folge der Nachgiebigkeit des Vizekönigs gegen die Forderungen der Pforte — liegt nicht im Interesse der europäischen Großstaaten. Wenn sie zu Gunsten Egyptens überhaupt intervenierten — wir denken natürlich nur an diplomatische Einmischung — so würde dies höchstens zu dem Zweck geschehen, den status quo aufrecht zu erhalten, nicht aber eine Stärkung der türkischen Macht zu bewirken, zumal an einem Punkte, wo diese Macht den europäischen Staaten unbehaglich werden könnte, sollen doch bereits mit dem Herrscher Egyptens Verhandlungen stattgefunden haben, welche die den Mächten erwünschte Neutralisierung des Suezkanals als Resultat in Aussicht stellen. Trotz der für den Sultan ungünstigen Sachlage scheint derselbe entschlossen, auf seinen Forderungen zu bestehen und trifft zu diesem Zwecke die erforderlichen militärischen Maßregeln. Auch der Vizekönig ist sichtlich bemüht, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten, wie das die Truppenverbündungen in der Schweiz und die Ausrustung der festen Plätze in Egypten beweisen. Die Sache ist ernst genug, um die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die vielbesprochene, aber immer noch nicht beantwortete orientalische Frage zu lenken.

Der Entwurf eines Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund.

(Schluß.)

Werfen wir zum Schluß einen Blick auf die Begriffsbestimmung der strafbaren Handlungen, so haben wir gerade hier durchweg Verbesserungen gegen den bestehenden gesetzlichen Zustand zu konstatieren, und das genügt, um das Urtheil zu rechtfertigen, welches wir an die Spitze unserer Beobachtungen gestellt haben. Wir ziehen es, aber vor, möglichst schnell zu einem gemeinsamen Verbesserungsvorschlag im Norddeutschen Bund zu kommen, als Jahre lang zu warten, um demnächst ein den wissenschaftlichen Anforderungen vielleicht etwas entsprecherndes Gesetz zu erhalten. Wir haben das Vertrauen zu dem neuen Nationalstaate, daß seine Organe die Kraft haben werden, alle erreichbaren Verbesserungen nach Herstellung der Rechtseinheit um so leichter zu erringen.

Als solche Verbesserungen, welche der neue Entwurf schon jetzt bietet, haben wir die Rückkehr zu dem deutschen Prinzip einer milderen Bestrafung des Versuchs, die Ausschließung jeder strafrechtlichen Verfolgbarkeit von Kindern unter 12 Jahren, die Verüchtigung einer Verminderung der Willensfreiheit des Verbrechers, die Ausdehnung der Befreiung mildender Umstände, sowie die Kategorien der nur auf Antrag zu verfolgenden strafbaren Handlungen. Die Aufhebung des Begriffs der erheblichen Körperverletzung und die bessere Definition der Verstümmlungen, die Befreiung einer Anrechnung der Untersuchungshaft auf die Strafhaft, endlich die Einführung einer Verjährung nicht bloss der Strafverfolgung, sondern auch der erlaubten Strafe hervor. Auf die Einzelheiten einzugehen, gestattet uns leider nicht der Raum.

Wir verweisen daher lieber bei einigen Bestimmungen des Entwurfs, welche einer Anfechtung zu unterliegen geeignet sind. Sowar in Bezug auf die Begriffsbestimmungen des Hochverrats, des Landesverrats, der Majestätsbeleidigung und der Beamtenbeleidigung haben wir bereits unsere Stellung zum Entwurf bezeichnet. Wir meinen, daß derselbe hier nicht anders verfahren könnte, als er gethan hat, wenn eben eine Einheit des Reichs für einen und denselben Nationalstaat hergestellt werden sollte. Wir wollen deshalb in dieser Beziehung nur noch hervorheben, daß wir, was das Verbrechen der Majestätsbeleidigung anlangt, eine Verbesserung darin erkennen, daß der Entwurf auch hier sich demüthigt hat, einige gar zu bedenklichen Auslegungen, welche die betreffenden preußischen Strafbestimmungen in ihrer Anwendung erfahren haben, den Weg zu verbauen. So bestimmt der Entwurf das Vergehen der Friedensstörung dahin: "daß in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu Feindseligkeiten gegenüber öffentlich anzuregen gesucht werde" — während nach jetzigen Rechten in Preußen dazu genügt: "daß die Angestridigen des Staats (also auch beliebige Gruppen Einzelner) zum Hass und zur Verachtung gegeneinander öffentlich angereizt werden," und der Hass- und Verachtungsparagraph hat die Schmähung obrigkeitlicher Anordnungen fallen lassen und lautet an Stelle seiner jetzigen Fassung (Wer durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichtet oder entstellt Thatawan, oder durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhungen die Einrichtungen des Staats oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Hasse oder der Verachtung aussetzt, wird u. s. w.) so: "Wer erdichtet oder entstellt Thatawan öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Verordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird u. s. w." Wir meinen, daß damit nicht genug gethan, sondern der öffentlichen Kritik noch immer unberechtigte Hemmnisse in den Weg gelegt sind. Indessen erkennen wir an, daß gerade an dieser Stelle eine vollständige Abhilfe weniger zu suchen sein wird. Wenn Geschworene über den Thatbestand dieser Vergehen zu urtheilen haben werden, so möchten wir auch in den Begriffsbestimmungen des Entwurfs keine allzu große Gefahr erkennen. Zu Vertheidigern der Aufhebung jedes gesetzlichen Schutzes für die bestehenden Staats-einrichtungen und obrigkeitlichen Anordnungen gegenüber der öffentlichen Kritik wollen wir uns auch nicht machen, so gewiß wir auch sind, daß schließlich gerade die unbedingteste Freiheit der Kritik der Ämtesbeamten ist, welcher die Wunden heilt, die er schlägt. Es wird dieser Gewinn nur mit einer

Bewilderung des öffentlichen Lebens erkauft, zu der mitzuwirken wir an unserem Theile keine Lust verspüren.

Eben deshalb wollen wir es auch nicht tadeln, wenn der Entwurf das Vergehen der Beleidigung härter bestrafen will, als dies jetzt geschieht. Er macht selbst die einfache Beleidigung zu einem Vergehen (dass die leichte Misshandlung von ihm als Beleidigung behandelt wird, ist ein entschiedener Vorzug) und er führt für die schwere Verleumdung (wo der Richter auf Freiheitsstrafe erkennet) das Institut einer Geldentschädigung des Verleumdeten, auf welche der Strafrichter neben der Kriminalstrafe arbiträr zu erkennen hat, ein. Wir haben nichts dagegen, daß im öffentlichen Leben die Achtung der Ehre Anderer, insbesondere auch der politische Gegner zu einem harten Gebot gemacht werde.

Dagegen müssen wir uns entschieden gegen die Beibehaltung einiger Vergehen, wie namentlich der s. g. Gotteslästerung und der widernatürlichen Unzucht erklären. Beide Vergehen haben aus dem Strafgesetzbuche unserer Zeit zu verschwinden. In Bezug auf die sogenannte Gotteslästerung erkennt die Gesetzgebung dies eigentlich selbst schon an, indem sie nur den religiösen Überzeugungen der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften ihren Schutz angebietet läßt, während doch die religiösen Überzeugungen aller Staatsbürger einen solchen verdienen, wenn man ihn überhaupt für nötig hält. Wenn die Motive bemerkbar, daß an jenem Kriterium festgehalten werden müsse, weil sonst nicht beurtheilt werden könne, ob man es überhaupt mit einer Religion gesetzlich zu thun habe, so beweist das Richtige in dieser Anführung nur, daß die Gotteslästerung überhaupt ein unfindbarer Begriff ist. Die widernatürliche Unzucht aber gehört gar nicht in das Gebiet der Strafgesetzbgebung, sondern wird am Besten der moralischen Missbilligung überlassen. Es finden bei dieser That keinerlei Eingriff in die Rechtssphäre irgend welcher andere Person oder der Gesellschaft statt. Der Thäter schädigt nur sich selbst, und das soll man so wenig bestrafen wie den Selbstmord. Die Gesetzgebung soll Verbrecher bestrafen, aber nicht machen.

Deutschland.

△ Berlin, 23. Sept. Der König wird sich nicht, wie anderweitig gemeldet worden, schon heute, sondern erst morgen nach Schwerin begeben, um der dort stattfindenden Laufierlichkeit beizuhören. Auch erfolgt die Rückkehr nach Berlin nicht am Sonnabend, sondern erst am Sonntag, wo der König um 4 Uhr Nachmittags hier wieder eintreffen wird. — Bei Gelegenheit der Besprechung des in Aussicht stehenden Entwurfs einer neuen Kreisordnung stellt die Magd. Btzg. entsprechend dem Urteil Miquels über die niederländische Kommunalverfassung, zwei Forderungen auf, ohne deren Befriedigung keine wahrhafte Reform der Kreisvertretung möglich sei. Zu bemerken ist hierbei, daß nach Allem, was man über den Entwurf der Kreisordnung hört, beiden Forderungen in demselben Rechnung getragen ist. Was zunächst den zweiten Punkt betrifft, welcher fordert, daß die Majchine nach oben hin verändert werde, so liegen verschiedene Auseinandersetzungen vor, daß auch in dieser Richtung eine erhebliche Reform durch den Entwurf angestrebt wird. Auch die gestrige "Prov.-Korr." hebt hervor, daß es sich nicht bloß um die Ordnung der kommunalen Verhältnisse der Kreise in allen Beziehungen handelt, sondern zugleich um eine vollständige Neubildung der ländlichen Polizeiverfassung, eine theilweise Umgestaltung der ländlichen Gemeindeverfassung, sowie um eine Änderung der allgemeinen Staatsverwaltung, soweit diese in dem Kreis und durch den Kreis vollzogen wird. Gewisse bisher von den Staatsbehörden in der allgemeinen Landesverwaltung versehene Aufgaben sollen in Zukunft auf die Organe des Kreises übertragen, die Staatsverwaltung selbst aber dem entsprechend vereinfacht werden. Rücksichtlich der ersten Forderung aber, daß die Reform mit der Herstellung von Gemeindeverbänden von 2—5000 Seelen beginnen müsse, ist schon mitgetheilt worden, daß das der hanoverischen Gemeindeverfassung zu Grunde liegende Prinzip auch für die alten Provinzen nutzbar gemacht werden solle. Zur Ver Vollständigung und Präzisierung dieser Mittheilung kann ich hinzufügen, daß nach der Vorlage im Zusammenhange mit der Aufhebung der gutsherrlichen Polizei zur Verwaltung der polizeilichen und anderer öffentlichen Angelegenheiten jeder Kreis in Amtsbezirke von durchschnittlich der von der Magd. Btzg. geforderten Seelenzahl eingeteilt werden soll. Irrthümlich ist, wenn die "Kreuz-Btzg." behauptet, daß spezielle Gesetzesvorlagen zur Regelung der ländlichen Polizei und der ländlichen Gemeindeordnung überhaupt beabsichtigt seien. Es werden vielmehr die Grundlagen, nach denen die betreffende Regelung erfolgen soll, in dem Entwurf für die Kreisordnung selber ihren Platz finden. — Die Mittheilung einiger Blätter, daß ein Gesetz, betreffend die Pensionierung der Civil-Beamten zur Vorlage an den Landtag gelangen solle, bestätigt sich nicht. Außerdem ist die Angelegenheit zur Erwähnung gelangt, die Staatsregierung hat aber von einer Vorlage Abstand genommen, weil man zunächst das Vorgehen der Bundesgesetzgebung auf diesem Gebiete abwarten will. — Im landwirtschaftlichen Ministerium sind, wie man hört, mehrere Gesetzentwürfe zur Vorlage vorbereitet worden, welche bereits die Zustimmung des Staatsministeriums erlangt haben. Zunächst ein schon früher vorgelegter Gesetzentwurf, welcher sich auf die Schonung des Wildes bezieht, dann ein Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung der Gemeintheitsheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 auf die Zusammenlegung von Grundstücken, welche einer gemeinschaftlichen Benutzung nicht unterliegen, anzuführen. Beide Gesetzentwürfe gehen direkt an den allgemeinen Landtag, dagegen sollen zwei weitere Gesetzentwürfe betreffend die Ablösung der Forstberechtigungen und Theilung gemeinschaftlicher Forsten für

die Provinz Hannover und betreffend eine Abänderung der Hüttungs-Ablösungs-Gesetze, zuvor dem Provinzial-Landtag der Provinz Hannover zur Berathung übergeben werden. Ein Gesetzentwurf, betreffend die Verfügbungsbeschränkungen bei Meiergütern in der Grafschaft Schaumburg, Kreis Rinteln, soll erst der Begutachtung des Kommunallandtages in Kassel unterworfen werden. Erst nach der Berathung seitens der bezeichneten kommunalständischen Vertretungen werden die legtgennannten drei Gesetzentwürfe an den allgemeinen Landtag gelangen. — Auf den Kommunallandtagen zu Kassel und Wiesbaden werden vorzugsweise die Verhältnisse der Landes-Kredit-Anstalten den Gegenstand der Berathungen bilden. Man erfährt jetzt darüber Näheres. Es sollen nämlich durch die in Aussicht genommene Regelung sämtliche Rechte und Verbindlichkeiten der Landes-Kredit-Kasse zu Kassel auf den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Kassel übergehen. Die Landes-Kredit-Kasse wird, unter Ausdehnung ihres Geschäftsbereichs auf den gesamten Bezirk der Regierung zu Kassel, fortan als eine ständische Anstalt für Rechnung des kommunalständischen Verbandes unter Aufsicht und nach den Beschlüssen des Kommunal-Landtages zu verwalten sein. Ein Gleichtes gilt hinsichtlich der Landesbank zu Wiesbaden, deren Rechte und Verbindlichkeiten auf den dortigen kommunalständischen Verband übergehen. Sie wird in Zukunft unter dem Namen „Nassauische Landesbank“ verwaltet werden.

Berlin, 23. Sept. Der König hat seit seiner Rückkehr von den Herbstmanövern in Preußen sich fast unausgesetzt mit den Landtagsvorlagen beschäftigt und darauf bezügliche, stundenlange Vorträge der einzelnen Ressortminister entgegenommen. Die kgl. Entschließungen sind, wie verlautet, noch nicht durchgehends getroffen, es ist daher völlig unmöglich, schon jetzt, wie es von einer und der andern Seite geschieht, bestimmte Mittheilungen über Inhalt und Umfang der Landtagsvorlagen zu machen. Wenn hinsichtlich des Etats ganz bestimmte Angaben, namentlich über das Defizit (so behauptet ein Korrespondent der „Elb. Z.“, das Staatsministerium habe letzteres jetzt auf 5 Millionen festgestellt,) erfolgen, so sind diese wohl auf naheliegende Vermuthungen zurückzuführen, nur nach zwei Richtungen hin bietet sich ein thätsächlicher Anhalt: es ist, wie wir bereits gemeldet haben, als Deckungsmittel für unabsehbare Ausgaben ein Zuschlag von 25% zu den direkten Steuern in Aussicht genommen und es steht eine neue Emission von Schatzscheinen der Bundes-Anleihe zu erwarten. Zu den beabsichtigten Steuerzuschlägen ist bis jetzt die f. Entschließung noch nicht bekannt, es ist also Bestimmtes auch darüber nicht einmal zu melden. Auf dem heutigen Geldmarkt wurden Schatzscheine der bisherigen Emission der Bundesanleihe vielfach angeboten, indessen nicht in gleichem Umfange zu 99½ p.C. untergebracht. Man sah in diesem Vorgang eine neue Bestätigung für die seit längerer Zeit verbreitete Angabe von bevorstehender neuer Schatzschein-Emission. — Die Wahl im ersten hiesigen Wahlbezirk an Stelle Waldecks ist auf den Kreisgerichtsrath Kloß gefallen, von dessen Kandidatur zuerst an dieser Stelle berichtet worden. Die Stimmen der sämtlichen Fraktionen der liberalen Partei mit sehr vereinzelten Ausnahmen verschafften ihm eine Majorität von 93 Wählern, im Ganzen stimmten 105 Abgeordnete 241 für ihn und 142 für den Kandidaten der konservativen Partei, Fabrikbesitzer Reimann. Der größte Theil der Nachwahlen ist übrigens vollzogen. — Die Verhaftung des Agenten der bankeroten Lebensversicherungsgesellschaft Lewine hat hier großes Aufsehen erregt, Hr. L. war seit der, in neuester Zeit wieder vielfach erwähnten Geschichte mit dem Geh. Reg.-Rath Jacoby, jetzt in Liegnitz, bereits von dem hiesigen Publikum gerichtet worden. Er führt noch bis zum Tage seiner Verhaftung in den Zeitungen die Sprache der verkannten Unschuld und drohte mit Verlängdungssklagen.

Obwohl die mit dem 1. Januar 1870 in Kraft tretende Hausr-Gewerbe-Ordnung die Haushalter von der Verpflichtung befreit, die für einen Regierungsbezirk ausgestifteten Scheine bei dem Uebertritt in einen anderen für diesen leichten umschreiben zu lassen, sind die Haushalter in Preußen doch noch verpflichtet, drei Monate vor dem Jahresbeginne bei den

Ortsbehörden den Hausr-Gewerbeschein zu beantragen. Außerdem müssen die Behörden die gute Führung des Nachjuchenden bescheinigen und eine vollständige Personbeschreibung nach Alter, Größe, Religion und besonderen Kennzeichen beibringen.

Nach einer jüngst ergangenen Ministerial-Entscheidung soll hinsichtlich der Berechtigungen unter den Real-Schulen zweiter Ordnung kein Unterschied statthaben und bei keiner derselben der lateinische Unterricht in dem Sinne obligatorisch sein, daß er durch ein Reglement vorgeschrieben wäre. Wo man ihn in den Lehrplan aufgenommen hat, ist es freiwillig geschehen.

B. K. B. Der Kultusminister hat in Betreff der Schulrevisions-Gebühren, welche die Kreisschulinspektoren als Vergütung für die Revisionen der Privatschule liquidiren, bestimmt, daß dieselben analog den Liquidationen für Revisionen öffentlicher Schulen zu behandeln sind, da die Oberaufsicht der Staatsregierung über Privatschulen nicht ohne zeitweilig zu wiederholende Revisionen seitens der Kreisschulinspektoren ausgeübt werden können. — Der Tarifpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis ult. ejusd. m. f. J. auf 1 Sgr. 6 Pf. festgesetzt.

Der König hat Beranlassung genommen, sich in Königsberg mit Worten rühmster Anerkennung über die reformatorische Wirklichkeit des Justizministers Leonhardt zu äußern. Der König soll sich ungefähr in folgender Weise gegen die Vertreter der dortigen Justizbehörde ausgesprochen haben: „In jüngster Zeit seien bereits manche wichtige Reformen der Gesetzgebung, namentlich im Bereich der Justiz, zu Stande gebracht worden, andere seien in der Vorbereitung begriffen; er freue sich, einen so thätigen und umsichtigen Justizminister zu besitzen, der sich in seinem neuen Vaterlande in seiner jetzigen Wirklichkeit wohl zu fühlen scheine; die von denselben ins Werk gebrachten Reformen hätten fast überall Anerkennung und Beifall gefunden, und er nehme an, daß dies auch bei den dortigen Juristen der Fall sei.“

Bei Prüfung der stattgehabten Wahlmännerwahlen, welche mit Rücksicht auf die bevorstehende (heut stattgehabte) Wahl im ersten Berliner Wahlbezirk stattgefunden hatten, wurde zur Sprache gebracht, daß in einzelnen Urwahlbezirken der Wahlvorschlag nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise aus dem Vorsteher, dem Stellvertreter und mindestens 3 Bevölkerern, sondern nur aus dem Vorsteher und einem Schriftführer gebildet worden sei. In Folge dieser Unregelmäßigkeiten wurde von einem Wahlmann der Antrag gestellt, auf Grund des § 20 der Wahlordnung vom 20. Mai 1849, nach welchem der Poststand außer dem Vorstehenden und dem Protovorsteher noch aus 3—6 Bevölkerern bestehen soll, alle diejenigen Wahler, bei welchen dem Gesetz nicht genügt sei, für ungültig zu erklären. — Der Antragsteller führte aus, daß die Bedenken, es könne dann in manchen Urwahlbezirken in der ersten Abteilung gar keine Wahl zu Stande kommen, hier nicht maßgebend sein dürften, denn dadurch würde eben nur der Beweis gefertigt, wie mangels das Dreiklassenwahlgesetz sei. Es sei dann Sache des Wähler erster Klasse, bei den gesetzgebenden Gouvernements einen auf Beisetzung dieser Unregelmäßigkeit vorgelegten Antrag einzubringen. Eine derartige Wahl aber, wo wegen Mangels an Wählern ein Bureau nicht gebildet werden könne, sei nichts weiter als eine Farsce, und müsse deshalb auf Abhilfe gedrungen werden. — Der Wahldörfer beschloß diesem Antrag gemäß und erklärte sämtliche in vorgedachter Weise vorgenommenen Wahlmännerwahlen für ungültig.

B. K. B. Mit Rücksicht auf die schweren Strafen, welche das Strafgesetzbuch für unbefugte Aufnahme von Festungsplänen und einzelnen Festungsgerüsten, selbst wenn sie ohne landesverrätherische Absicht erfolgt, feststellt, dürfte es nicht überflüssig sein, auf diejenigen Bestimmungen hinzuweisen, welche in dieser Beziehung Sektens des Kriegsministeriums erlassen sind. Danach steht die Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme solcher Pläne ic. nur dem Kriegsminister zu, welcher bei Prüfung der Ge- sude nur nach bestimmten militärischen Rücksichten verfährt. Maßgebend ist dabei, daß 1) von allen Festungen oder befestigten Städten die Darstellung des von der Befestigung umschlossenen Raumes auf den zu publizierenden Plänen ic. sich nur bis einschließlich der innerhalb des Hauptwalles längs dessen Fußes belegenen Wallstraße, und in Ermangelung solcher Straße, bis zum inneren Wallfuß selbst erstrecken und 2) daß alle und jede Befestigung, sie bestehe aus zusammenhängenden Linien oder einzelnen detachirten Festungsgerüsten, in keinerlei Art in die Karte oder den Plan aufgenommen werden, insofern auch nicht die äußere Kontur oder der Fuß des Städtic darin verzeichnet werden darf. Beides darf in dem Plan nicht angegeben werden, was die nähere Terrainbeschaffenheit erkennen läßt, wie z. B. Bezeichnung des Terrains, Bezeichnung der Höhen und Tiefen, Biesen, Sumpfe, Geesträume und Wälder. — Eine Abweichung von diesen Besiegungen kann auch durch den hin und wieder geltend gemachten Umstand nicht motiviert werden, daß ältere Karten und Pläne, welche die Festungsgerüste enthalten, bereits publiziert sind. Es sind daher die betreffenden Polizeibehörden angewiesen, von jedem Festungsplane, dessen Herausgabe in Gemäßheit des Gesetzes über die Presse vom 14. Mai 1851 § 5 zur Kenntnis der selben gelangt, dem bezüglichen Gouvernement oder Kommandantur das hinterlegte Originalemplar zur Kenntnahme und weiteren Veranlassung einzureichen.

Die Führer der national-liberalen Partei in Berlin suchen, wie die Konferenzen in Mainz und Heidelberg bewiesen, mit den süddeutschen Parteigenossen eine innigere Verbindung anzubahnen, der Letztern sich bisher entzogen haben.

Diesem Streben giebt das Organ der national-liberalen Partei, die „Berl. Aut. Korrespondenz“, heut Ausdruck, indem sie schreibt:

Unsere Parteigenossen in Süddeutschland haben für die Organisation ihrer Kräfte im Volke und in der Presse mehr gehabt, als wir in Norddeutschland. Aber gerade bei dieser steilen Anstrengung in Baden, Hessen, Württemberg wurden sie von der Überzeugung durchdrungen, daß ihre Arbeit halbheit, ihr Werk Stück und Stück bleiben würde, wenn sie nicht in gemeinsamer Thätigkeit zum Voraus die Scheidewände beseitigen, auf deren staatsrechtliche Begräumung ihr Streben gerichtet ist. Die Mainline muß überbrückt werden, — uns dünt der Moment nahe, wo in dieser Richtung ein bedeutsamer, thätsächlicher Schritt vorausgetragen werden muss. Allein wir haben nicht zu warten, bis Graf Bismarck diesen Moment für geeignet hält, oder etwa gar vom Norden dem Süden, vom Süden dem Norden sagen zu lassen, daß ja der Andere anzuzeigen, sich anzutragen oder einzuladen habe. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd muß in und durch uns selbst, in den Überzeugungen und den Gemüthern, in den Interessen und den Geistern überwunden werden. Gerade die momentane Schärzung des Gegenseites in Folge der großen Ereignisse von 1866 wird schließlich dazu gedient haben, die Absurdität und Hohlheit dieses ganzen, nur künstlich aufgeschraubten Gegensatzes nachzuweisen. Nicht bloß durch einen staats- und völkerrechtlichen Alt soll die Mainline überbrückt werden, sondern in den einzelnen Landesgesetzgebungen soll schon die Homogenität der Einrichtungen vorbereitet werden, und dazu können, ja müssen alle lebendigen Kräfte der liberalen Parteien verwendet und verwertet werden. Die Presse hat überall die Übereinstimmung der Interessen in dem nationalen Gedanken darzulegen. — Wenn die national-liberalen Partei sich besonders zu dieser Aufgabe berufen glaubt und bereit hält, sie ist zu unterziehen, so begeht sie damit keinen Alt der Exklusivität gegen andere nahestehende Parteien. Die Feindseligkeit der Parteien unter einander, welche gegen uns leider gar zu oft bis zu persönlichen Gewalttaten ausartet, ja bis zu Verleumdungen getrieben wird, ist noch ein trauriges Zeichen politischer Unbildung. Die Selbstachtung gebietet jeder Partei, welche die Wahrheit erstrebt, die Nothwendigkeit des Bestehens verschiedener Parteien zu ergriffen. Jede Partei, welche wirklich, sei es auch einseitig, ein Prinzip vertreibt, hat ein Recht darauf, nur sachlich angegriffen zu werden, wer ihr dieses Recht verleht, sieht sich selber dem Verdachte aus, den er erregen möchte. Denen, welche in neuester Zeit diese Regel übertraten, rufen wir zu: „Unter uns sind keine Aemterträger, mögen unter Euch keine Populäritätsräger sein! Neben dem Männerstolz vor Königsthronen achten wir auch den Männerstolz vor Bevölkerungen und Volksversammlungen. Wir verfolgen die Verwirklichung der nationalen Einheit mit freiheitlichen Mitteln, und wenn wir bedauern, daß dieses Programm noch in der Opposition steht, so hat unser Bedauern mit der Sache, nichts mit den Personen zu thun!“ — Unsere süddeutschen Parteigenossen, welche die ganze Entwicklung der Dinge aus der Ferne besser übersehen, beweisen durch ihr Vertrauen und ihre Annäherung, daß jedes redliche Streben seine Würdigung findet. Die wenigen unter ihnen, welche vielleicht zögern, sich auch dem Namen nach zur großen national-liberalen Partei zu bekennen, werden dabei nur von einer, vermutlich übertriebenen Scheu vor absichtlichen Missdeutungen durch die Populäritätsräger beeinflusst.

Königsberg, 22. Sept. Die „K. H. B.“ schreibt: Soeben erhalten wir eine Botschaft der Staatsanwaltschaft, durch welche wir benachrichtigt werden, daß die Beschlagahnahme des Hauptblattes Nr. 220 d. J. aufgehoben worden ist. Wir haben diesem Resultat mit Gewissheit entgegengesehen, da der betreffende Artikel nichts, als eine thätsächliche Berichtigung eines Referates in der „Ostpreuß. Ztg.“ enthält, die die Redaktion, im Vertrauen auf die Authentie, ohne Bedenken veröffentlichte. Der Verleger dieser Ztg. hat bei dieser Beschlagahnahme bedeutende Kosten gehabt, die ganze Postauslage mußte nachgedruckt werden, die abgehenden Posten sind aufgehalten, und den bereits abgegangenen ist, wie wir äußerlich hören, per Telegraph die Konfiskation mitgetheilt. Es bleibt lebhaft zu beklagen, daß unsere derzeitige Pressegabe die betreffenden Faktoren der Verwaltung für den durch eine ungerichtigt fertigte Beschlagahnahme hervorgerufenen Schaden nicht rechenschaftsfähig macht. — Wir halten uns verpflichtet, den Artikel, welcher zur Beschlagahnahme Anlaß gegeben, zu unserer eigenen Rechtfertigung dem Publikum mitzutheilen. — In der „Ostpreuß. Ztg.“ Nr. 219 Hauptbl. befand sich in einem auf die Schloßteichsfaire bezüglichen Referat folgender Schlusspassus: „Zu bedauern ist es bei der traurigen Brüderanzeige auch, daß das Komitee es nicht für nothwendig erachtet hat, die Illumination eines hölzernen, feuerfählichen Bauwerks vorher der Polizei anzeigen, damit Sicherheitsmaßregeln getroffen werden konnten.“ In Folge dessen trat das Festkomitee mit einer Erklärung hervor,

den ein Mittel, uns in heimliches Wohlbehalten zu versetzen, abgelernt und nachgeahmt, aber dieses Fatum kann man nicht aus dem blohen Nachahmungsstrebe erklären, sondern die ungeheure Verbreitung des Tabakgenusses meist auf einen ganz besondern, allgemeinen menschlichen Trieb hin, der durch einen eigenhümlichen Nervenreiz, wie ihn der Tabak hin, direkt befriedigt wird. Wäre das Tabakrauchen bei beginnender Verbrennung nur Niederschlag gewesen, wäre es bereits vergessen; wäre es absolut schädlich, jede wohltätige Wirkung ausschließend, wie, durch Chemiker und Aerzte der Zeitzeit darüber aufgellärt, hätten längst das Rauchen aufgegeben. Der Tabakgenuss hat aber seinen eigenen guten Einfluß (wir leugnen nicht, sondern geben ausdrücklich vor, daß er nicht die äußere Kontur oder der Fuß des Städtic darin verzeichnet werden darf. Beides darf in dem Plan nicht angegeben werden, was die nähere Terrainbeschaffenheit erkennen läßt, wie z. B. Bezeichnung des Terrains, Bezeichnung der Höhen und Tiefen, Biesen, Sumpfe, Geesträume und Wälder. — Eine Abweichung von diesen Besiegungen kann auch durch den hin und wieder geltend gemachtgemachten Umstand nicht motiviert werden, daß ältere Karten und Pläne, welche die Festungsgerüste enthalten, bereits publiziert sind. Es sind daher die betreffenden Polizeibehörden angewiesen, von jedem Festungsplane, dessen Herausgabe in Gemäßheit des Gesetzes über die Presse vom 14. Mai 1851 § 5 zur Kenntnis der selben gelangt, dem bezüglichen Gouvernement oder Kommandantur das hinterlegte Originalemplar zur Kenntnahme und weiteren Veranlassung einzureichen.

Den ein Mittel, uns in heimliches Wohlbehalten zu versetzen, abgelernt und nachgeahmt, aber dieses Fatum kann man nicht aus dem blohen Nachahmungsstrebe erklären, sondern die ungeheure Verbreitung des Tabakgenusses meist auf einen ganz besondern, allgemeinen menschlichen Trieb hin, der durch einen eigenhümlichen Nervenreiz, wie ihn der Tabak hin, direkt befriedigt wird. Wäre das Tabakrauchen bei beginnender Verbrennung nur Niederschlag gewesen, wäre es bereits vergessen; wäre es absolut schädlich, jede wohltätige Wirkung ausschließend, wie, durch Chemiker und Aerzte der Zeitzeit darüber aufgellärt, hätten längst das Rauchen aufgegeben. Der Tabakgenuss hat aber seinen eigenen guten Einfluß (wir leugnen nicht, sondern geben ausdrücklich vor, daß er nicht die äußere Kontur oder der Fuß des Städtic darin verzeichnet werden darf. Beides darf in dem Plan nicht angegeben werden, was die nähere Terrainbeschaffenheit erkennen läßt, wie z. B. Bezeichnung des Terrains, Bezeichnung der Höhen und Tiefen, Biesen, Sumpfe, Geesträume und Wälder. — Eine Abweichung von diesen Besiegungen kann auch durch den hin und wieder geltend gemachtgemachten Umstand nicht motiviert werden, daß ältere Karten und Pläne, welche die Festungsgerüste enthalten, bereits publiziert sind. Es sind daher die betreffenden Polizeibehörden angewiesen, von jedem Festungsplane, dessen Herausgabe in Gemäßheit des Gesetzes über die Presse vom 14. Mai 1851 § 5 zur Kenntnis der selben gelangt, dem bezüglichen Gouvernement oder Kommandantur das hinterlegte Originalemplar zur Kenntnahme und weiteren Veranlassung einzureichen.

Ein nüchterner Beurtheiler des Tabaks ist Dr. Grietelich. Nüchtern betrachtet, ist das Tabakrauchen nichts anderes, als ein künstlich (doch nicht ganz) geschaffenes Bedürfnis, eine Verstreitung für den Einstrom, der sich auf keine sonstige Weise zu zerstreuen weiß. — Mein Rath ist einfach: wer raucht, raucht nur mäßig, wer aber nicht raucht, der lasse es für immer bleiben.“

Nachdem er hierauf die Pfeife vor der Zigarre den Vorzug geibt, geht er zum Schnupfen des Tabaks über und sagt: das Schnupfen ist die positivste Gewohnheit von der Welt und beweist nur, was der Mensch nicht alles erfinden kann, um sich zu vergnügen und sein Hirn zu putzen.

Wir sind so frei uns keinem dieser Ausprüche ganz hinzugeben, die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Nitton tödte allerdings schon in sehr geringen Dosen einen Menschen, es wirkt, aber in seiner verschwindenden Verdünnung im Tabakrauche auf die daran gewöhnten, besonnen Raucher ungefähr Tabaks (leider heute eine Seltenheit) durchaus nicht so nachtheilig, wie man zu ängstlich fürchtet. Nach Abspannung und die tritt täglich bei arbeitsamen Menschen ein, — ist die Zigarre eine wohltuende Sorgenbrecherin, das gelinde fortduernde Reizmittel des Rauchens ruft eine angenehme Stimmung in uns hervor, deshalb gewöhnt man sich an dasselbe schnell, — wäre es nur Gewohnheit? nun man versucht es einmal und raucht etwa kalt. Unsre Beschäftigung ist zumeist eine einsame, abmattende, belebt werden wir auf Neue durch einige kräftige Züge aus der Zigarre. Mit der Beliebung werden wir zur Wiederanwendung der Arbeit angeregt, bei größerer geistiger Regsamkeit schaffen wir aber mehr.

Unsre Folgen auf unsren Körper führt der Tabak aus, das ist nicht wegzuleugnen. Man kann uns vergeblich einige ganz besondern mit robuster Gesundheit begabte Raucher vorhalten, die ohne Schaden ihres Wohlbefindens es zu einem hohen Alter gebracht haben. Das Tabakrauchen wirkt auf die Schleimhäute des ganzen Speisekanals und der Atmungswerkzeuge, auf das ganze Nerven- und Gefäßsystem mehr oder weniger reizend und so wird dadurch viel mehr Speichel abgesondert, als gewöhnlich. Man hütet sich, das damit verbundene Auswerfen desselben sich überhaupt anzugehn, denn eine solche Verschwendung der Speichelflüssigkeit muß dann natürlich für den Körper nachtheilig sein. (Kurz vor dem Essen zu rauchen, ist deshalb ganz abzurathen). Auch Zähne und Augen leiden, zumal beim Zigarrenrauchen, deshalb die lange Pfeife der Zigarre vorzuziehen ist, weil der heiße nahe Rauch der leichten Vermieden wird, und durch das Halten der Zigarre im Munde der Speichel viel von der Tabakfahre aufnimmt.

Es sei damit genug gesagt und die geneigten Leser mögen selbst entscheiden, ob „Rauchen oder Nichtrauchen“ für sie das Empfehlenswerteste sei. Nebenlassen wir es ihrem Nachdenken, wie sie es anzufangen haben, der wohltätigen Wirkungen des Tabaks habhaft zu werden und zugleich die üblichen Folgen auf ein Minimum zu reduzieren.

Robert Watkinss sagt in seiner „Physiologie der Trunkenheit“, welche in Glasgow in den 30er Jahren erschien: „Der mäßige Gebrauch des Tabaks zerstreut die tiefen Gedanken (warum nicht bald Sorgen?) und disponirt dazu, das sinnliche Wohlbehagen ruhig und indolent zu genießen. Seine Wirkungen sind demnach beruhend und man kann die Raucher mit vollem Rechte Tabaktrunkenbolde nennen“. Endlich, nachdem er die Zeitverschwendungen beim Rauchen und Schnupfen rügt, ist er so ehrlich, uns auch die gute Seite des Tabaks zu zeigen: „Aus den Zügen des Rauchers strahlt inniges Wohlbehagen, in seinen Augen ein Funke der Freude, jede Rauchwolke, die aus seinem Munde dampft, scheint ein Glücksspiel zu sein, in welchen er sich taucht und wo er phantastisch herum schwimmt. Seine Visionen haben nichts Großes, nichts Episches, nichts Ideales oder Himmliches, es sind keine Gedanken von Michel Angelo oder Raphael, es sind nur niederländische Bilder.

*) Wenn irgend etwas, so spricht gerade dies für den Tabak und rechtzeitig nach ihm zu greifen.

die die vorstehende Annahme berichtigte und von uns folgendermaßen veröffentlicht, den Anlaß zur Konfiskation unseres Blattes gab: „Von dem Festkomite geht uns mit Rücksicht auf eine Notiz in der „Ostpreuß. Zeit.“ Nr. 219 die Nachricht zu, daß der l. Polizeibehörde schon mehrere Tage vor dem Feste am 13. c. die erforderliche Mittheilung über die beabsichtigte Illumination der Schloßteichbrücke gemacht worden ist.“

Thorn. 20. September. In der letzten Stadtverordnetenversammlung teilte der Magistrat seinen Bericht an die l. Regierung zu Marienwerder über die protestirte Aufhebung der Wahl- und Schlachtkreuer in unserer Stadt mit. Es wird in demselben dargelegt, daß die Aufhebung nach Maßgabe der hiesigen Verhältnisse zur Zeit für die Stadt mindestens einer Kalamität gleichkäme, namentlich mit Rücksicht auf die erhebliche Zahl der Haushaltungen der niedrigsten Steuerstufe, für die eine irgendwie beachtenswerte Minderung der Lebensmittelpreise nicht zu erwarten sei, so wie auf die außerordentlichen, für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Ausgaben der Kommune.

Dresden. 22. Sept. Die Gröfzung des auf den 27. d. einberufenen Landtages dürfte schwerlich vor dem 1. Oktober erfolgen, da zuvor die Kammer sich zu konstituieren und die Kandidaten aufzustellen haben, aus welchem der König die Präsidenten beider Häuser wählt.

Darmstadt. 23. Sept. (Tel.) Der Prinz von Wales ist mit seiner Familie zum Besuch des Prinzen Ludwig hier eingetroffen.

Karlsruhe. 23. Sept. Die feierliche Gröfzung der Ständeversammlung findet morgen 11½ Uhr Vormittags statt.

Friedrichshafen. 23. Sept. (Tel.) Der Fürst Karl von Rumänien hat gestern dem gegenwärtig hier residirenden König und der Königin von Württemberg einen Besuch abgestattet, und kehrte am Abend nach Schloß Weinburg zurück. Am 28. d. wird der Fürst sich nach Baden-Baden begeben und von da nach Paris.

München. 23. Sept. (Tel.) Der österreichische Reichskanzler Graf Beust ist heute Vormittags aus der Schweiz hier eingetroffen und im Bayerischen Hof abgestiegen. Vormittags machte derselbe einen Besuch im auswärtigen Ministerium und ist Nachmittag nach Salzburg abgereist. „Kaum gesehn — gemieden!“

Oesterreich. Wien, 23. Sept. Der Kaiser wird Anfang Oktober zum Empfang des zweitägigen Aufenthaltes erwarteten Kronprinzen von Preußen hier eintreffen. — In Böhmen sind bei 36 bis jetzt bekannten Landtagswahlen 34 czechische Kandidaten gewählt worden, davon 16 einstimmig, die übrigen mit theilweise jüngeren Majoritäten. — Die Frage der Wahlreform ist jetzt die vorherrschende in den Landtagen, von denen nun in vier (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Schlesien) bereits der Antrag auf Einführung direkter Wahlen vorliegt. Der im niederösterreichischen Landtag eingebrochene Antrag behandelt schon die Wahlreform in eingehender Art und geht von der freien Wahl aus. Vom galizischen Landtage ist die Meldung, daß Smolka's Antrag, den Reichsrath nicht mehr zu beschließen, nicht einmal an eine Kommission verwiesen, sondern gleich verworfen wurde, ein Symptom einer temperirten Politik, obwohl die alte Resolution noch einmal auf die Tagesordnung kommen wird. — Die von uns gestern gebrachte „Presse“ entnommene Notiz über die Verhaftung eines braunschweigischen Offiziers wird von der wiener Polizeidirektion dahin berichtig, daß die Verhaftung auf Ansuchen der herzoglich braunschweigischen Staatsanwaltschaft unter Vorweisung des gerichtlichen Verhafungsbescheides vorgenommen worden und hierbei die Uebernahme des Kindes nicht zur Sprache gekommen.

Schweiz. Lausanne, 19. Septbr. Der Friedenskongress ist gestern geschlossen worden. Den sozialen Fragen wurden zwei Sitzungen, am 17. und am 18., gewidmet. In letzterer wurde eine Resolution beschlossen, welche das Programm der Friedensapostel in Bausch und Bogen enthält. Der Kongress erklärt darin von Neuem, daß die soziale Frage von der politischen untrennbar sei; die eine kann ohne die andere nicht gelöst werden. Es sei die Pflicht der Gesellschaft, sich ohne Unterlass mit den allgemeinen Bedingungen der Arbeit und des Kaufverkehrs zu beschäftigen, um den zahllosen Mißständen abzuholzen, welche auf der gegenwärtigen Gesellschaft lasten, ohne indessen irgendwie die individuelle Freiheit anzutasten. Nachstehende politischen Bindungen müßten erfüllt sein, damit eine volkswirtschaftliche Reform wirksam werden könne:

1) Einsetzung einer republikanischen Bundesregierung. 2) Direkte Befreiung der Gelehrten durch das Volk. 3) Trennung von Schule und Kirche und unentgeltlicher obligatorischer Unterricht für alle Bildungsstufen und beide Geschlechter. 4) Abschaffung der siegenden Heere und Erbsatz derselben durch Milizen; Aufhebung der Todesstrafe. 5) Abschaffung der indirekten Abgaben und Erbsatz derselben durch eine direkte und progressive Steuer.

Aus der Rede Viktor Hugo's, mit welcher der Kongress am Sonnabend Nachmittag schloß, verdient folgende Stelle hervorgehoben zu werden:

Am 24. August 1849 habe er in Paris auf einem Friedenskongress präsidirt. Er habe damals an dem Jahrestag der Bartholomäusnacht erinnert, und zur Verhöhnung zwischen Katholizismus und Protestantismus aufgefordert; die Anhänger beider Konfessionen hätten sich umarmt. Jetzt nähere man sich einem anderen großen Jahrestag, dem 20. September, an welchem die Republik in Frankreich eingeführt wurde. Er nehme daher jetzt wieder Anlaß, zu einer Versöhnung und Vereinigung aufzufordern, zwischen den Republikanern und Sozialisten. In den Worten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit liege sowohl das Programm der Republik als des Sozialismus. Das eine sei ohne den andern nicht mehr ausführbar. Was der Kongress beschlossen habe, die Abschaffung der Todesstrafe, die Frauen-Emanzipation, der obligatorische und unentgeltliche Unterricht, dies alles gehöre eben so gut zum Programm der Republik als des Sozialismus. Beide Parteien würden ohne Zweifel die Armut in der Freiheit dem goldenen Kalbe der Brüderlichkeit vorziehen. Man einige sich daher gegen den gemeinschaftlichen Feind, der in einem Monstrum von Thatsachen, in der Verdorrung des Militarismus steckt. Dieser gemeinschaftliche Feind liege in der Agone. Der Tag sei nicht mehr fern, wo die ganze zivilisierte Welt so gut wie die gesetzliche Schweiz die Sonne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufgehen sehen werde. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben den Fall russischer Selbsthilfe mitgetheilt, den die schweizerischen Behörden geschehen ließen. Jetzt sucht der Unterpräfekt Dürpraz in Vevey in längerer Erklärung den dem Fürsten Obolensky geleisteten Beistand der waadländischen Behörden zu rechtfertigen. Der Fürst habe eine Empfehlung des Bundespräsidenten und eine amtliche Mellamation des russischen Gesandten, Herrn v. Giers in Bern, mitgebracht, um die unter einer väterlichen Gewalt stehenden Kinder mit Güte oder Gewalt von seiner Frau zu trennen, wenn diese nicht mit ihm nach Russland zurückkehrte. Die Dame soll viele russische und polnische Flüchtlinge unterhalten. Der

Präfekt beruft sich auch auf einen Befehl Bonjours, Chef des waadländischen Justiz- und Polizeidepartements, bemerkts indessen doch: „da der General Fürst Obolensky uns unbekannt war, so wußten wir in diesem Moment gewisse Umstände nicht, die ich Ihnen mittheilen werde, wenn ich Muße habe.“

Belgien.

Lüttich. 19. September. Das Schützenfest hat mit der Begrüßung der Schützen durch den Bürgermeister Herrn d'Andrimont im Saale des Rathauses begonnen. Der Bürgermeister hielt eine Bewilligungssrede; er sprach von der Eintracht aller Völker, die aus gegenseitiger Bekanntschaft und Achtung hervorgegangen sei, wenn es einmal überall Licht geworden, dann würden die Grenzen nur noch administrative Abtheilungen sein und alle Wälle fallen, die uns noch hindern, uns die Hände zu reichen.“ Die Rede wurde mit grossem Enthusiasmus aufgenommen, dann der Ehrenwein getrunken und darauf erhielt jeder der Schützen eine Medaille zum Andenken des Festes. Die Vertheilung dieser Medaillen geschah durch die schönsten Damen der Stadt, welche als Zeichen ihres Amtes eine Schärpe in den belgischen Nationalfarben trugen. Bei der Gröfzung des Schützenfestes selbst hat ein Mitglied des Schöffen-Kollegiums im Namen der Stadt die Begrüßungsrede gehalten. Die englischen Volontärs zählen weit über tausend, sie werden von dem Obersten Thompson kommandiert und bestehen aus Abtheilungen von 190 Regimentern alter Waffengattungen und in den verschiedensten Uniformen. Der Oberste Lord Seaton begleitet sie. Das Bataillon der Nationalgarde des Seine-Departements wird von dem Kommandanten Trefft und dem Stabsmajor Lafitte befehligt. Diesem Corps haben sich verschiedene Offiziere und der Mobilgarde, dann Pompier und Franktireurs aus verschiedenen Departements angeschlossen. Das französische Corps führt eine vollständige Regimentsmasse von 60 Mann mit. Holland, Deutschland, die Schweiz und Italien sind durch Deputationen vertreten. Die Gesamtstärke der fremden Schützen beläuft sich auf 3000 Mann.

Frankreich.

Paris. 21. Sept. Prinz Napoleon ist heute nach Paris zurückgekehrt. Dagegen wird gemeldet, daß außer der Kaiserin, deren Reisevorbereitungen mit größter Ostentation ins Werk gesetzt werden, auch der kaiserliche Prinz Paris verlassen werde. — Die Absicht der Linken, sich am 26. Oktober im gesetzgebenden Körper zu versammeln, falls bis zum 26. d. M. die Kammer nicht offiziell zusammenberufen ist, flößt noch immer gemischt Besorgnisse ein. Dieselbe wird — wahrscheinlich schon vor dem genannten Tage — ein Manifest über diese Frage erlassen. Lebriens will Herr Thiers die anwesenden Mitglieder der Opposition bei sich versammeln, um mit ihnen die Mittel zu bereithalten, durch welche die Regierung bestimmt werden könnte, die Einberufung des gesetzgebenden Körpers zu beschleunigen. Man darf um so sicherer voraussehen, daß es zu keinen besonderen Schritten kommen werde, als heute aus guter Quelle bestätigt wird, daß der gesetzgebende Körper auf den 15. November einberufen werden soll. Man fügt hinzu, daß für die pariser Nachwahlen der 27. und 28. November als Termin in Aussicht genommen sind. — Die pariser Blätter beschäftigen sich heute fast allein mit dem Schreiben des Paters Hyacinthe, dem man eine große Wichtigkeit beilegt, zumal man glaubt, daß ein großer Theil der französischen Geistlichkeit und selbst hochgestellte Würdenträger, wie z. B. der Erzbischof von Paris, auf seiner Seite stehen werden. Was die anti-römische Demonstration des berühmten Kanzelredners — derselbe ist noch jung, er zählt erst 38 Jahre — noch einen besondern Werth verleiht, ist der Umstand, daß er für einen höchst achtungswerten Charakter gilt, seine Ansichten deshalb ins Gewicht fassen, und er zugleich ein entschlossener und fester Mann ist.

Die demokratischen Blätter feiern heut in Leitartikeln und ihre Redakteure und politischen Freunde in vielen Banketten den 21. September 1792, an welchem Tag der Konvent das Königthum abhoffte. Der „Avenir national“ beginnt den Tag, indem er sich und seinen Söhnen Ruhe gönnnt und sagt, der heutige Tag sei sein 15. August. Gestern hat er das Protokoll der betreffenden Konventsitzung abgedruckt.

Der Pole Berezowski ist in der That noch am Leben. Er erfreut sich nach den so eben aus Kaledonien eingelaufenen Nachrichten der besten Gesundheit. Die Mittheilung von seinem Tode war eine Finte, die aus dem Redaktionsbüro des „Rappel“ in die Welt gestrassert ist. Die polnische Emigration hatte für ihren Landmann schon Messen lesen lassen.

Das Corps der Polizeidienner von Paris soll neu organisiert werden. Man will dieselben in zwei Kategorien eintheilen, in Tag- und Nachtwächter. Die ersten würden wie bisher den gewöhnlichen Dienst versehen und unbewaffnet sein, während die letzteren, ein Theil derselben soll Pferde erhalten, mit Degen und Revolvern bewaffnet sein würden. Jedenfalls wäre es gut, wenn die Behörden endlich Maßregeln ergreifen, damit Paris und dessen Umgebung etwas sicherer würden. Ungeachtet der 4—5000 Sergeants de Ville, welche gegenwärtig Paris besitzen, sind die nächtlichen Angriffe, die gewaltfamen Einbrüche und dergleichen zehn Mal häufiger, als sie es unter Louis Philippe und der Republik waren.

Paris. 23. Sept. (Tel.) Aus St. Cloud wird gemeldet: Der Kaiser befindet sich wohl, macht Vormittags eine Promenade und wird dieselbe wahrscheinlich Nachmittags wiederholen. Der Kaiser arbeitet täglich und beschäftigt sich eifrig mit den Staatsgeschäften. Die Gerüchte, der Kaiser werde nach Vichy gehen und der kaiserliche Prinz eine Reise nach Deutschland machen, sind grundlos. — Guten Vernehmen nach werden die bei Einführung ausländischer Zeitungen auf französisches Gebiet beobachteten Maßregeln demnächst gemildert werden.

Italien.

Florenz. 23. Sept. (Tel.) Neben der mit verschiedenen Bankhäusern kontrahirten Anleihe von 60 Millionen Lire hat der Finanzminister Graf Cambray-Digny eine Anleihe von 7 Millionen sechsprozentiger Schatzbonds — gegen eine Kommission von 1½ p.C. — mit der Bank von Neapel und von 5 Millionen — gegen eine Kommission von 1½ p.C. — mit dem Kredit Lyonnais abgeschlossen. — Der internationale Kongress der Aerzte ist heute eröffnet worden. Zu Präsidenten wurden Bonillard (Paris) und Derenzi (Neapel), zu Vizepräsidenten 6 italienische und 6 ausländische Aerzte gewählt, darunter Birchow (Berlin), Engelster (Kopenhagen), Tessier (Lyon), Lombard (Genf), Robertson (Nottingham), Benedikt (Wien).

Großbritannien und Irland.

London. 21. Sept. Dr. Cumming hat auf seinen Brief an den Papst eine schnelle und bestimmte Antwort erhalten. Bemerklich hat dieser etwas exzentrische Geistliche nach langen Erörterungen in den Blättern über das päpstliche Schreiben bezüglich des Konzils und der nichtkatholischen Christen sich an den Papst selbst gewandt, mit dem Antrage, in dem Konzile zugelassen und gehört zu werden, um die protestantische Lehre zu rechtfertigen. Der Papst hat nun auf diesen Antrag des Dr. Cumming indirekt durch ein Schreiben an den Erzbischof von Westminster geantwortet, von welchem der Erzbischof eine Neber-

sezung der „Times“ zur Veröffentlichung übergeben hat. Das Schreiben lautet nach dieser englischen Übersetzung, wie folgt:

Papst Pius IX. an Unseren ehrwürdigen Bruder Eduard, Erzbischof von Westminster. Ehrwürdiger Bruder Heil und apostolischen Segen. Wir haben aus den Zeitungen ersehen, daß Dr. Cumming aus Schottland bei Dir angefragt hat, ob bei dem herannahenden Konzile denen, welche von der katholischen Kirche abweichen, Erlaubnis gegeben werden wird, die Gründe vorzutragen, von welchen sie denken, daß sie zur Sitzung ihrer eigenen Meinungen aufgestellt werden können, und daß er auf Deine Antwort, daß dieses eine durch den heiligen Stuhl zu bestimmende Sache sei, an Uns über den Gegenstand geschrieben habe. Wenn nun der fragende weiß, was der Glaube der Katholiken ist in Beziehung auf die lehrende Autorität, welche Unser göttliches Heiland Seiner Kirche verliehen hat, und deshalb in Beziehung auf ihre Unfehlbarkeit in Entscheidungen über Fragen, welche zum Dogma oder zur Moral gehören, so muß er wissen, daß die Kirche nicht dulden kann, daß Irthümmer, die sie falsch geprüft, gerichtet und verurtheilt hat, nochmals zur Verhandlung gebracht werden. Dieses ist auch schon bekannt gemacht durch Unser Schreiben (apostolisches Schreiben vom 13. September 1868 an alle Protestanten und andere Nichtkatholiken), denn wenn wir sagten: „es kann nicht gelehnt oder angeweist werden, daß Jesus Christus selbst, damit Er allen Geschlechtern der Menschen die Früchte Seiner Erlösung zuwende, hier auf Erden auf Petrus seine einzige Kirche gegründet hat, das ist die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche, und ihm alle Macht gegeben hat, die nötig war, um den Glauben des Glaubens ganz und unverzagt zu erhalten, und denselben Glauben allen Völkern, Stämmen und Nationen mitzuteilen“, so gaben wir dadurch zu erkennen, daß der Vorrang sowohl an Ehre als an Zuständigkeit, welcher Petrus und seine Nachfolger durch die Gründer der Kirche verliehen wurde, außerhalb der Beschränkungen der Disputation gestellt ist. Dieses ist in der That die Angel, auf welcher die ganze Frage zwischen Katholiken und allen, welche von ihnen abweichen, sich dreht, und aus dieser Abweichung fließen wie aus einer Quelle alle Irthümmer der Nichtkatholiken. Denn insofern solche Körperschaften von Menschen der lebendigen und von Gott eingelegten Autorität entbehren, welche die Menschen ganz besonders die Sache des Glaubens und die Regeln der Moral lehren und welche sie auch leitet und regiert in allem, was zu dem ewigen Heile gehört, so haben diese selben Körperschaften von Menschen immerdar in ihrer Seele gewechselt und ihr Wechsel und ihre Unbeständigkeit hat kein Ende.“ Wenn deshalb Dein Bräcker entweder die Meinung, welche die Kirche über die Unfehlbarkeit ihres Urtheils zur Bestimmung von allem, was zum Glauben oder zur Moral gehört, hegt, erwägen will, oder das, was wir selbst geschrieben haben über den Vorrang und die lehrende Autorität Petri, so wird er sofort einsehen, daß bei dem Konzil kein Raum gegeben werden kann zur Vertheidigung von Irthümern, die bereits verdammt sind, und daß wir keine Nichtkatholiken zu einer Verhandlung einladen könnten, sondern sie mir aufgefordert haben, die Gelegenheit, welche dieses Konzil bietet, zu benutzen, in welchem die katholische Kirche, zu der ihre Führer gehören, einen neuen Beweis giebt von ihrer innigen Einheit und unüberwindlichen Lebendigkeit, und die Bedürfnisse ihrer Seele zu befriedigen, indem sie sich einem Zustande entziehen, worin sie ihrer Erlösung nicht sicher sein können.“ Wenn durch die Inspiration der göttlichen Gnade sie ihre eigene Gefahr erkennen und Gott mit ihrem ganzen Herzen suchen, so werden sie leicht alle vorgefassten und widerstreitenden Meinungen verwerfen und, allen Wunsch nach einer Disputation bei Seite legend, zu dem Vater zurückkehren, von welchem sie so lange unheißlich abgeirrt sind. Wir an Unserem Heil wollen ihnen freudig entgegen eilen und, sie mit väterlicher Liebe umfangend, werden wir frohlocken und die Kirche wird mit Uns frohlocken, daß Unsere Kinder, die gestorben waren, wieder zum Leben kommen, und daß die, welche verloren waren, wiedergefunden sind. Dieses in Wahrheit erbitten wir ernstlich von Gott, und Du, ehrwürdiger Bruder, vereinige Deine Gebete mit den Unserigen. Inzwischen, als ein Zeichen der göttlichen Gnade und Unseres besonderen Wohlwollens ertheilen wir Dir und Deiner Diözese mit aller Liebe Unseren apostolischen Segen.

Gegeben zu St. Peter in Rom, diesen vierten Tag des Septembers 1869 im vierzehnzigsten Jahre Unseres Pontifikates. Pius P. IX.

Die „Times“ gratuliert dem Dr. Cumming zu einer so unumwundenen Antwort, zu der Ehre, daß er es fertig gebracht hat, sich zum Gegenstande einer solchen Epistel zu machen, und dankt ihm, daß er für immer die alte Illusion gestört habe, daß irgend eine freundliche Auseinandersetzung zu einem gegenseitigen Einverständnis der streitenden Kirchen führen könne. Es sei ganz wahr, was der Papst sagt, daß alles dieses schon zuvor aus seiner eigenen Sprache und der der Kirche zu verstehen gewesen, aber es sei eben so wahr, daß es kaum geglaubt wurde. Dr. Pusey und die Ritualisten müßten, wenn sie geträumt haben, in Rom einen Zugang für neue Unterhandlungen zu finden, nach Kenntnisnahme von diesem Briefe die Zwecklosigkeit aller solcher Versuche einsehen. Der Papst habe sich mit einer Deutlichkeit ausgedrückt, die auch den größten Sanguiniker enttäuschen müsse.

Die Stellung der deutschen Katholiken dem ökumenischen Konzil gegenüber nimmt mehr und mehr die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Die der münchener Universität vorgelegten Fragen nebst den darauf ertheilten Antworten erscheinen in dem der hochkirchlichen Richtung ungeniegen den kirchlichen Wochenblatt „Guardian“ und finden auch in der „Times“ einen in die Augen fallenden Platz. Der „Spectator“ findet es wohlgefallen, daß Deutschland seine Stellung zum Konzil ins Auge fasse. Den Ultramontanen verfällt es allerdings wenig, ob die von ihnen früher bereits gepredigten Theorien auch in einer formellen Fassung festgestellt werden; allein die Deutschen der gemäßigten Schulen seien in einer ganz anderen Lage. Wenn diese ohne Kampf die alten Vollwerke ihres Glaubens und ihrer religiösen Freiheit aufgeben sollten, um den Absolutismus des Papstes an Stelle der Herrschaft der Kirche zu setzen und Unzulässigkeit statt Auflösung zu predigen, so sei es augenfällig, daß Schlimmeres folgen könnte als Konflikte zwischen geistlichen und weltlichen Behörden, und daß die Religion ihre Macht über das Volk einbüßen könnte. — „Daily News“ glaubt, daß als Netto-Resultat bei dem Konzil wohl nur eine neue Fällung des päpstlichen Schages durch die Scharen der Pezzer auf den Galerien und die hohe Zufriedenheit der Hotel- und Gasthauswirthe in Rom erreicht werden dürfe. Um jedoch dem Konzil vor seinem Zusammentreten gerecht zu sein, müsse man zugesehen, daß der Klerus in Böhmen und die theologische Facultät in München den Beweis geliefert haben, wie unrichtig es sei, wenn die eifigen Anhänger des Papstthums von vollkommenem Einstimmigkeit unter der katholischen Geistlichkeit reden. Das Manifest der Bischöfe in Fulda zeige außerdem, daß der liberale Katholizismus selbst unter den Prälaten nicht unvertreten bleiben werde. Auf alle Fälle werde das Konzil nicht ohne Folgen bleiben. Noch vor seinem Zusammentreten werde die ungeheuerliche Idee von der katholischen Einheit explodiert sein, und der Risiko zwischen der Kirche und den moralischen Gewalten der Stabilisation werde eine öffentliche Erklärung finden. Gerade das Konzil werde Belege dafür geben, daß die große Mehrzahl der christlichen Welt sich nicht mehr um die hochtrabende Promulgation eines neuen Dogmas, als um eine neue Oper von Richard Wagner interessiere, und daß während die Kirche hartnäckig Unbeweglichkeit für Unfehlbarkeit ansehe, die Welt mit einem mitleidigen Lächeln vorübergehe. Daß der Abfall und der Nationalismus durch diese starke Haltung der Kirche Nahrung erhalten, sei ebenfalls nicht zu übersehen. Die Enthüllung des Lutherdenkmals habe noch erst vor einem Jahre davon Bezeugt abgelegt, daß weder im Herzen noch im Kopfe Deutschland für die Befreiung zum „einzig wahren Glauben“ reif sei. Die Hufeisfeile in dieselbe Kategorie und man möge von der politischen Bedeutung der letzteren sagen was man wolle, es sei nicht zu leugnen, daß nicht nur Böhmen, sondern auch Protestanten und selbst liberale Katholiken aus Deutschland zusammengetragen seien, um dem Andenken des Reformatoren viel mehr als dem des Patrioten zu huldigen. (R. S.)

Russland und Polen.

Petersburg. Das amtliche Blatt der russischen Regierung veröffentlicht einen offiziellen Bericht über die Zustände in

Lokales und Provinziales.

Posen, 24. September.

den Kirgisen steppen, welche bekanntlich als im vollen Aufstande begriffen geschildert wurden. Wie der Bericht erwähnt, ist die neuangeordnete Organisation in der Provinz Turgoi ohne alle Störung durchgeführt worden; 11,000 Kibitkas (Nomadenzelte) des einflussreichsten und wohlhabendsten aller Kirgisenstämme des Ttribus Tschillin, haben die Organisation sofort angenommen; der Chef des Stammes der Kirgisen, Anführer Tschet-Kontekarow, wurde zum Adjunkten des Distriktschefs von Irbit ernannt und hat sich mit dieser Würde zufriedengestellt. Die Organisation der andern Stämme dieses Distrikts wird in den nächsten Tagen erfolgen. Auch aus allen übrigen von Kirgisen bewohnten Distrikten lauten die Nachrichten ganz befriedigend; in der Gegend um Emba haben sich 9000, 7000 und 1500 Kibitkas unter die neue Organisation gefügt; die einzigen Bedingungen, die sie gleichmäßig gestellt, waren die Ernennung eines Spezial-Mufti für sie, Erbauung von Moscheen mit eignen Mullahs, Ernennung eines Muftimans zum Distriktschef, Befreiung von der Rekrutierung, Beibehaltung der alten Besteuerungsbart und des Rechtes zur freien Wanderung und schließlich, daß sie nur unter der Autorität des Kommandanten von Orenburg gestellt werden sollen; zum Theil werden diese Bedingungen zugestanden. Aus den mit den Kirgisen gepflogenen Verhandlungen ergab sich die interessante Thatsache, daß sie bis dahin nichts von Russland und einer russischen Regierung gewußt, sondern geglaubt haben, daß sie vom türkischen Sultan abhängen.

Warschau, 23. Sept. Die ultrarussischen Parteiorgane machen sich seit einiger Zeit ein Geschäft daraus, allerlei alarmirende Nachrichten aus Warschau zu bringen, welche geeignet sind, bei dem russischen Publikum, das die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, den Schein zu erwecken, als ob die polnische Revolutionspartei sich allen Ernstes wieder zu regen beginne. So ließen sich die „Petersb. Wied“ unlängst von ihrem warschauer Korrespondenten berichten, daß der aus der letzten Revolutionszeit bekannte „polnische Uebermuth“ wieder offen hervortrete wolle und sich nicht blos den lebenden, sondern auch den verstorbenen Russen fühlbar mache, indem er erstere auf alle mögliche Weise insultire und letzteren die Grabmäler auf den Kirchhöfen zerstöre. Beide Behauptungen wurden durch Thatsachen belegt. Außerdem wollte der Korrespondent sogar von geheimen Steuererhebern gehört haben, die in Warschau wie in andern Städten des Königreichs Polen wieder von Haus zu Haus gingen, um die Nationalsteuern einzusammeln. Von allen diesen und ähnlichen allarmirenden Nachrichten und Gerüchten, wie sie täglich von ultrarussischen Partieblättern gebracht werden, weiß man hier in Warschau nichts und ich kann versichern, daß dies weiter nichts als tendenziöse Erfindungen sind, die lediglich den Zweck haben, die Regierung zu bestimmen, den immer noch bevorstehenden Ausnahmzustand im Königreich Polen recht lange zu erhalten. Die Korrespondenten, die solche Nachrichten verbreiten, sind russische Beamten, die sich bei dem teilweise noch bestehenden Kriegszustande sehr wohl befinden und seinem amtlichen Nachweise zufolge gehört von den gegenwärtig im Königreich Polen etablierten Beamten kaum noch der fünfte Theil der polnischen Nationalität an; die übrigen vier Fünftel sind geborene Russen. Um zahlreichsten sind die Beamten polnischer Nationalität im Justizfache vertreten, wo sie auch noch höhere Stellungen einnehmen, aus denen sie bei den Verwaltungsbehörden, mit geringen Ausnahmen, fast gänzlich verdrängt sind. — Seit dem so eben begonnenen neuen Schuljahr sind nicht blos die öffentlichen, sondern auch sämtliche Privatschulen und Pensionate im Königreich Polen vollständig russifizirt worden.

Türkei und Donauprostenhümer.

Konstantinopel, 21. Sept. Die Pforte hat die Mitteilung erhalten, daß der Kronprinz von Preußen dem Sultan im Laufe des Oktober einen Besuch abstatten werde. Der Salisbäzer Palast wird zur Aufnahme des Kronprinzen in Bereitschaft gesetzt.

Alexandrien. Am 15. Oktober tritt die internationale Kommission in Kairo zusammen, welche die Unzukomlichkeitkeiten der Kapitulationen untersuchen soll. In derselben werden Frankreich, England, Österreich und Preußen-Norddeutschland vertreten sein.

Amerika.

Newyork, 10. Septbr. Sämtliche Blätter enthalten heut Biographien des so jung gestorbenen Kriegsministers Rawlins; wir geben daraus nachstehenden Auszug:

Gleich dem jetzigen Präsidenten der Union wurde John A. Rawlins in Galena, einem zur Zeit noch ganz jungen und kleinen Städtchen im Norden von Illinois, im Jahre 1831 geboren, und gleich jenem nahm er bis zum Ausbrüche des Krieges eine verhältnismäßig niedrige Lebensstellung ein. Von armen Eltern geboren — sein Vater war Ackerknecht — brachte er es nach Ueberwindung zahlloser Hindernisse darin, eine Schreiberstelle bei einem Advokaten zu bekommen. Nach einiger Zeit erhielt er selbst die Konzeßion vor dem Friedensgerichte zu plädieren, und in dieser Beschäftigung finden wir ihn bei Ausbruch des Bürgerkrieges, welcher ihn mit Grand zusammenbrachte. Diesen, der Verkünder in dem Lederladen seines Vaters war, schlug Rawlins auf einem 1861 in der gemeinsamen Vaterstadt abgehaltenen Kriegsmeting vor, eine Kompanie Freiwilliger zu bilden. Die Kompanie wurde gebildet, der Gouverneur besorgte Grant eine Kommission, die er ernannte Rawlins zu seinem Adjutanten und von Belmont bis Appomattox fochten beide in jeder Schlacht miteinander, und so oft Grand befördert wurde, rückte sein treuer Freund ihm nach. Allein dieser hatte sich während des Krieges eine Abneigungskrankheit zugezogen, und daß er, dem Rathe der Ärzte zuwider, beim Amtsantritte Grants das Kriegsministerium übernommen, mag seinen Tod verhünt haben. Die beiden letzten Tage wurde das Leben nur noch durch Reizmittel erhalten, denn es war des Verstorbenen einziger Wunsch, Grant noch einmal zu sehen. Diesem waren telegraphische Depeschen nachgerichtet worden, und als er nach einem Besuch in Saratoga erhielt, daß es mit seinem Freunde zu Ende gehe, reiste er mit Extrajügen nach Washington, aber er kam eine Stunde zu spät; General Rawlins hatte in Gegenwart der sämtlichen Kabineteminister seinen letzten Atemzug gethan.

Newyork, 22. Sept. (Tel.) „Newyork Herald“ sagt, daß die Regierung mit dem Verhalten des Gesandten in Madrid, General Sickles, nicht einverstanden sei. — „World“ versichert, der Staatssekretär Fish dringe darauf, daß Sickles zurückberufen werde. — Die andern Zeitungen sprechen die Erwartung aus, daß die Regierung die Insurgenten in Kuba als kriegsführende Macht anerkennen werde.

Bei der in vergangener Woche hier von der zweiten posener Synode, welche die Unitätsgemeinden Posen, Łazew, Lissa, Drzelkowo und Waschle umfaßt, abgehaltenen Wahl zur Provinzialsynode wurden fast einstimmig gewählt: als Superintendent Konistorialrat Dr. Göbel, als Geistlicher Senior Gumprecht aus Waschle bei Punitz, als weltliches Mitglied Justizrat Giersch. Die Gewählten gehören der streng orthodoxen Richtung an und sind, so viel bekannt, für Beibehaltung der Vorschlagsliste.

— In der Stadtverordnetenversammlung vom 22. d. M. referierte nicht Dr. Löwisch, wie in unserem gestrigen Berichte angegeben ist, sondern Dr. Sal. Briske über die Etats der Gasanstalt und Wasserwerke pro 1869/70 — Da die Kommission einzutreten, welche den Vorschlag, betreffend eine besondere Hellamationskommission prüfen soll, lehnte Dr. Schmidt ab, weil er in dieser Frage bereits Stellung genommen, die eben durch den betr. Vorschlag bezeichnet wurde.

— Auf Grund der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869, welche mit Ausnahme der Bestimmungen über den Gewerbebetrieb im Umherziehen bereits mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tritt, kommen bekanntlich Beschränkungen in Wegfall. Wir machen auf einige der wesentlichen derselben hiermit aufmerksam. Zunächst hören nach einer amtlichen Bekanntmachung des Magistrats auf Grund des § 1, 4 i. w. der Gewerbeordnung, da von nun ab keine amtlichen Prüfungen mehr erforderlich sind, die Gewerbe-Prüfungskommissionen unter Voritz eines Magistratsmitgliedes vom 1. Oktober d. J. auf. Da nach § 81 allzur Zeit gesetzlich bestehenden Korporationen von Gewerbetreibenden (Innungen, Bänke) fortbestehen, so können dieselben auf Grund des § 84 sich selbst Prüfungskommissionen bilden. Die Ablegung einer Prüfung ist dannach auf den Nachweis der Fähigkeit zur selbstständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes zu richten; die deshalb zu lösenden Aufgaben, sowie der zur Bereitung der Prüfungskosten von dem zu Prüfenden zu zahlende Betrag werden von der Innung bestimmt. — Bisher wandten sich die Innungsmester bei Streitigkeiten mit ihren Gesellen oder Lehrlingen an den Magistrat, die Nicht-Innungsmester dagegen an die Polizeibehörde. — Nach § 108 sind Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben u. s. w. beziehen, durch die Gemeindebehörde, d. h. also durch den Magistrat zu entscheiden. — Auf Grund des § 35 kann ein Jeder ohne polizeiliche Genehmigung das Geschäft eines Handels-, Dienstleistungsbüros und Trödellern betreiben, und kann nur Demjenigen dieser Betrieb unterfagt werden, welcher wegen aus Gewinnsucht begangener Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigentum, resp. wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit bestraft ist. Ebenso darf nach § 36 das Gewerbe der Auktionswaren frei betrieben werden; doch sind die dazu bestuften Staats- und Kommunalbehörden auch ferner berechtigt, Personen, welche diese Gewerbe betreiben wollen, auf die Beobachtung der bestehenden Vorschriften zu beobachten und öffentlich anzustellen.

— An der Paulikirche wird gegenwärtig der eingestürzte Giebel wieder aufgemauert. Es wird dazu Cement vermauert und erhält der Giebel an seiner schwächeren Stelle noch immer $\frac{1}{2}$, Stein Stärke, während er vor dem Einsturze nur $\frac{1}{2}$, Stein stark war. Der Edpeller wird in einer Stärke von $\frac{3}{4}$, und die Hauptmasse des Giebels in einer Stärke von 3 Steinen angelegt, d. h. also allenhalben um einen ganzen Stein, etwa um einen Fuß, stärker, als die sämtlichen übrigen 4 stehen gebliebenen Giebel. Außerdem hat das Ministerium die Festigung der übrigen Giebel, welche ihre frühere Stärke behalten, mittelst starker eiserner Stangen und Ankern angeordnet.

— Die Plasterung der Teichgasse auf der Strecke zwischen Gr. Seer- und Schuhmacherstraße wird dem Vernehmen nach noch im Laufe dieses Jahres erfolgen, nachdem am Artillerie-Beughause, welches seiner Vollendung entgegen geht, sämtliche Bauzäune abgebrochen und die Rüststangen entfernt sind. Rings um das Beughaus werden Trottoirplatten und Granitpflaster gelegt.

— In die Hauptwache am Alten Markte soll noch im Laufe d. J. Wasserleitung eingezogen werden. Zu diesem Zwecke fand am vorigen Sonnabende auf dem Bureau der hiesigen Garnisonverwaltung-Direktion ein Submissionstermin statt, zu welchem sich drei Submittenten eingestellt hatten; der Vorschlag wird nach Lauf der üblichen Frist ertheilt werden. Die Kosten für die Einziehung der Wasserleitung belaufen sich auf etwa 400 Thaler; es sollen Klosets mit Schlammfängen angelegt und die Retiraden unter Wasserleitung gestellt werden.

— Zu Wegebauzwecken sind im Kr. Posen nach dem Kreistagsbeschuße vom 3. Mai 1867, resp. dem Beschuße der Kreis-Begleitkommission vom 4. Juni 1869 in den Jahren 1867—69 zu verwenden 4500 Thlr. Jeder der 5 Wege-Distrikte, in welche der Kreis gehiebt ist, hat von diesem Betrage 900 Thlr. erhalten und kann bisher davon zur Verwendung: im Distrikte Czerwonka 403 Thlr., im Dist. Posen 600 Thlr., im Dist. Sady 103 Thlr., im Dist. Stenszwo 340 Thlr., im Dist. Sabikowo 364 Thlr., im Gansen 1810 Thlr., so daß demnach noch 2690 Thlr. zu Wegebauzwecken übrig blieben.

— **Besitzveränderung.** Das im Mogilnoer Kreise belegene Rittergut Czernia, mit einem Areal von 800 Morgen, ist dieser Lage im Buzenstwege von Hrn. Knopf in Ruczewko für den Preis von 33,350 Thlr. erstanden worden.

S. BUL, 22. Septbr. Nachdem hier die Trennung der evangelischen Schule von der katholischen bereits vor mehreren Jahren stattgefunden und dabei bestimmt worden ist, daß die evangelische Gemeinde nach verhältnismäßiger Abfindung — da dieselbe zu dem Bau des gemeinschaftlichen (Simultan)-Schulhauses gleich der katholischen Schulgemeinde nach Verhältnis beigetragen hat — für ein eigenes Schulhaus zu sorgen habe, hat diese dies endlich durch die Erwerbung des ehemaligen hiesigen Friedens-Gerichts-Gebäudes vom Justiz-Kreis für den Kaufpreis von 1500 Thlr. und unter der Bedingung, daß zur Ablösung der Gerichtstage das nötige Lotal eingerichtet und auf die Dauer von zehn Jahren zu diesem Zwecke disponibel bleibt, dahin gebracht. Nachdem nun der zweckentsprechende innere Umbau des erworbenen Gebäudes beendet ist, das Sozialts-Schulhaus von der evangelischen Schule geräumt und das neue Schulhaus bezogen worden. — Am Sonnabend den 19. d. M. fand die Einweihung derselben unmittelbar nach beendigtem Gottesdienst unter reicher Beteiligung von Seiten der Gemeinde durch den Pastor und Schul-Inspektor Hrn. Behn statt.

— r. Kreis Bomst, 22. Sept. Am 20. d. M., Abends gegen 7 Uhr, langte der Hr. Regierungspräsident Willenbacher aus dem Rostener Kreise kommend hier an, nahm im Bockischen Hotel Nachtlager und begab sich am andern Morgen gegen 9 Uhr in Begleitung unseres Kreislandrats Hrn. Freiherrn v. Unruhe-Bomst nach der Gegend von Unruhstadt zur Beichtigung des Oberzyklusses, an dessen Flößbarmachung schon seit mehreren Jahren gearbeitet wird. (Der Oberzyklus entspringt im Nudener See, nimmt zwischen Schwalm und Schmölle die faule Odra auf und fällt unseres des Züllichauer Kreises belegenen Dorfes Tschischigerz in die Oder.) — In der katholischen Schule zu Silz im Polizeidistrikt Wollstein wurde gestern ein erhebendes Fest gefeiert. Es beging nämlich der an der Schule seit 25 Jahren treu wirkende Lehrer Hr. Tundke sein Lehrerjubiläum. In der Schule, wo viele Lehrer der Umgegend und andere Herren versammelt waren, hielt zunächst der Schulinspektor Hr. Probst Kunze nach Absprung eines Liedes eine Ansprache an den Jubilar. Hr. Lehrer Rzymkowski aus Kielce überreichte nach einer poetischen Ansprache dem Geehrten eine silberne Uhr mit entsprechender Inschrift als Andenken von den Kollegen. Der evangelische Lehrer Hr. Schmidt in Widzim las ebenfalls ein von ihm verfasstes Gedicht, unter Überreichung der Portraits unseres Königspaars, vor. Hr. T. gerührte von so vielen Beweisen der Achtung und Liebe, dankte hierauf in ebenso würdigster als herzlicher Sprache. Ein vierstimmiger Gesang beendete die Feier in der Schultube. Die Feierthilfnehmer blieben indeß noch mehrere Stunden hindurch bei einem frugalen Mahle in der Wohnstube des Jubilars beisammen und Hr. Distriktsinspektor Hr. Wessling brachte, den stets bewiesenen Patriotismus des Hrn. Jubilars stark betonend, ein Hoch auf den König, den Beschützer der Schulen, aus. Auch andere Toakte, die dem Jubilar und seiner Ehefrau galten, wurden im Laufe des Mahles ausgebracht. — Der

Spediteur Hr. S. V. Cohn zu Wollstein hat bereits einen sehr bequemen Omnibus bauen lassen, um sofort bei Gründung der Märkisch-Posener Bahn eine regelmäßige tägliche Omnibusverbindung zwischen Wollstein und Bentischen herzustellen.

□ **Gotha, 23. September.** Der Bürgermeister unserer Nachbarstadt Sandberg, der gleichzeitig Kämmerer und Postexpeditent ist, bezieht in erster Eigenchaft ein jährliches Gehalt von nur 250 Thlr., was ihm Veranlassung gab, da die Vertreter der Stadt von einer Gehaltserhöhung nichts wissen wollten, diese Angelegenheit der kgl. Regierung zur Entscheidung zu unterbreiten, und da die Herren Stadtverordneten Sandbergs die größere Leistungsfähigkeit der Bürgerschaft in Abrede stellten, soll höheren Dritt beschlossen werden sein, dieses Städtchen zum Dorfe zu degradiren und demselben die Landgemeindeverfassung zu verleihen. Sandberg ist zwar eine kleine, aber schön gebaute Stadt; die alten Häuser schwinden immer mehr und entstehen an deren Stelle sehr schöne massive Gebäude. — Für die aus dem Repräsentanten-Kollegium der jüdischen Gemeinde hier zu Neujahr ausschließenden 5 Mitglieder wurden heut die Nachfolger gewählt. Man scheint mit dem Wahlresultat nicht zufrieden zu sein, da bald nach Bekanntgabe der Wahl ein Protest gegen dieselbe einging.

* Aus Weseritz, 21. Septbr., erhalten wir eine Korrespondenz, worin die Lehrerverhältnisse derart geschildert werden, daß wir an Übertriebung glauben möchten. Trotzdem wollen wir in Erfüllung der Pflicht, den Stimmen des Publikums Ausdruck zu geben, den Brief aufzunehmen mit der Versicherung, daß eine Widerlegung dieser Darstellung uns sehr erfreuen würde. Der Brief lautet:

Wie groß der Lehrermangel im Allgemeinen und in der Provinz Posen ins Besondere ist, erhebt aus der Auslastung einer wohlunterrichteten, die Verhältnisse aus eigener Anschauung überblickenden und darin durchaus eingeweihten Persönlichkeit. So z. B. kann die kgl. Regierung nicht umhin, junge Leute wegen mangelhafter und ungünstiger Vorbildung von der Aufnahme ins Seminar zurück zu weisen. Doch was thun diese nun? Sie melden sich zu erledigten Lehrstellen, und — ist es nicht charakteristisch? — diejenigen jungen Leute, die den nur mäßig gestellten Anforderungen zur Aufnahme ins Seminar nicht genügen, müssen aus gebietender Nothwendigkeit als Lehrer, wenn auch nur interimistisch, bekräftigt werden, um doch wenigstens Demand zu haben, der die Jugend, namentlich auf dem Lande, beaufsichtigt. Bei dieser Gelegenheit kann Referent nicht umhin, einen Nebenstand zu beleuchten, der bis jetzt seines Wissens noch wenig oder garnicht zur Sprache gebracht worden ist. Bei der theilsweisen Aufsässerung der Lehrer, welche scheint man nämlich insbesondere die älteren, seit einer Reihe von Jahren im Amt wirkenden Lehrer zum großen Theil zu übersehen. So erkennenswert und läblich es ist, bei Kreirung und Gehaltsnormirung neuer Stellen auf die Zeitverhältnisse und anerkannt höhere Preise aller Lebensbedürfnisse Rücksicht zu nehmen und dem entsprechend die Stellen zu votieren, so beklagenswert ist es, Lehrer, welche bereits eine jahrelange Thätigkeit hinter sich haben, in Bezug ihres Einkommens den jungen, kaum ins Amt getretenen Lehrern nicht allein gleich, sondern sogar nachgestellt zu sehen. Referent ist im Stande, mehrere solcher Stellen nachzuweisen. Man sollte das Einerthal, doch das Andere nicht lassen.

Bromberg, 22. Septbr. Der hiesige Magistrat ist dem Beschuße der Stadtverordneten nicht beigetreten, wonach außer den Hausbesitzern auch die Mieter bei den Serviteträgern herangezogen werden sollen. Die Motive des Magistrats lauten nach der „Br. B.“ dem Hauptinhalt nach folgendermaßen: Einmal scheint es bedenklich, wenn von dieser Einquartierungslast diejenigen Steuerpflichtigen befreit werden, welche von einem Einkommen von weniger als 200 Thlr. eingeschägt sind, weil dieser Beschuß von dem Seitens der Stadtvertretung beobachteten Prinzip, nämlich keine Progressiv-Einkommensteuer zu erheben, abweicht und den Prinzipien der gleichmäßigen Vertheilung der Kommunallasten auf sämmtliche Bewohner entgegen steht. Zu erwägen sei ferner, daß die Kosten der Servis- und Einquartierungslast, welche die Stadt aufzubringen hat, sich auf ca. 16,000 Thaler pro Jahr belaufen, daß zur Zeit bei vier Prozent Einkommensteuer ca. 63,000 Thlr. Kommunal-Einkommensteuer aufgebracht werden müssen, so daß also durch die neue Lauf die Einkommensteuer mindestens um 1 p.C. erhöht wird, daß diese Erhöhung aber noch erheblich dadurch wird: daß einmal die Beamten zu derselben nicht herangezogen werden können, da sie bereits mit dem Maximum ihrer Beiträge befreit sind und zu den 63,000 Thlr. der Kommunal-Einkommensteuer 600 Thlr. aufzutragen, während andererseits die Übertragung der den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von weniger als 200 Thlr. erlassenen Servissteuer ebenfalls die Höher-Besteuerten trifft. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß nach der bisherigen Gesetzgebung, speziell § 289 des Allgemeinen Landrechts, die Einquartierungslast eine Reallast der Hausbesitzer sei. Das Gesetz vom 26. Juni 1868 beabsichtigt in dieser Beziehung auch keine Abänderung, denn es befreit in § 4 von der Einquartierungslast nicht speziell Personen, sondern nur Gebäude. Wenn ferner § 7 des Gesetzes die Regulirung der Grundzäfe, nach welchen die Vertheilung der Quartierleistungen in jedem Gemeindebezirk stattfinden soll, dem Gemeindebeschuße oder dem Distrikstatut überläßt, so bestimmt derselbe § ferner, daß für den Erlaß solcher Gemeindebeschuße und Statuten die für die Einführung der Gemeindesteuer vorgezeichneten Forderungen maßgebend seien. Es würde hierauf zu der von der Stadtverordneten-Versammlung gewünschten Abänderung des hervorgebrachten Modus die Genehmigung der kgl. Regierung nothwendig sein. Ferner heißt es in den Motiven weiter: Bromberg kann des Zugangs auswärtiger Rentiers schwer entbehren, die Mehrbelastung des Mieter und die Entlastung der Grundbesitzer dürfte nicht dazu beitragen, den Zugang zu erhöhen. Durch die Anwesenheit zahlreicher Familien so auch von verheiratheten Offizieren in zum Theil hohen Chargen, wird der Miethöchstwert der Grundstücke entschieden gehoben. — Die Erschwerung der Quartierleistungslast durch die neuere Bestimmungen darf keinesfalls genügenden Grund geben, um die ganze Last von den Grundbesitzern auf den Kämmererfonds zu übertragen, zumal da erfahrungsmäßig Lasten, welche den Grundbesitzern auferlegt werden, wie z. B. die Gebäudesteuer, durch eine Erhöhung des Miethöchstwerts auf die Mieter anhälloswise wenigstens mit übertragen werden.

Die Prämien-Reserven deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften.

Die „Berl. Bör.-Büg.“ hatte vor kurzem eine Tabelle der Reserven der deutschen Lebensversicherungen gebracht, gegen deren Richtigkeit verschiedene der darin aufgeführten Gesellschaften reklamirten. Das genannte Blatt hat sich dadurch veranlaßt gesehen, jene Tabelle auf Grund der von den Gesellschaften selbst veröffentlichten Jahresberichte zu berichtigten und zu vervollständigen. Sie gewährt jetzt in mehrfacher Beziehung einen interessanten Einblick in den gegenwärtigen Stand der deutschen Lebensversicherungs-Anstalten, weshalb wir sie auch unsern Lesern mittheilen müssen glauben, und zwar sammt dem sie begleitenden Kommentar. Die „B. B. B.“ sagt:

„Wir erkennen gern an, daß es nicht möglich ist, durch eine derartige vergleichende Zusammenstellung der verschiedenen Gesellschaften absolut maßgebende Resultate zu erzielen. Ein Hindernis hierfür liegt zunächst darin, daß die Abschlüsse und Rendenzahlen der verschiedenen Gesellschaften nicht so vollständig nach denselben Grundsätzen aufgestellt sind, daß die Beobachtung der verschiedenen Einzelheiten bei allen Gesellschaften genau in derselben Weise bewirkt werden könnte. Soweit dieses Hindernis zu überwind

schaften Differenzen in der Höhe der Prämien-Reserven inklusive Überträge, sowohl absolut, als im Verhältnis zum Versicherungsbestande, hervortreten, daraus leineswegs folgt, daß die Gesellschaft, welche absolut, resp. im Verhältnis zum Versicherungsbestande eine niedrigere Prämienreserve hat, weniger solide und weniger vertrauenswürdig sei, als die Gesellschaft, welche eine höhere Prämien-Reserve hat. Abgesehen von allen anderen Momenten, welche auf die Höhe der Prämien-Reserven einfließen und deren spezielle Bedeutung hier wohl zu weit führen würde, leuchtet auch dem Aten ein, daß hervorragend von Gewicht für die Höhe der Prämien-Reserven das Alter der Gesellschaft und die Dauer der Versicherungen sein muß. Es ist deshalb ein ziemlich unpraktisches Vergnügen, die Reserven verschiedener Gesellschaften, namentlich von bedeutend verschiedenem Alter, mit einander zu vergleichen. Die Reserve einer acht Jahre alten Gesellschaft kann mit 5 Prozent des Versicherungsbestandes höher und die Reserve einer 40 Jahre alten Gesellschaft mit 20 Prozent des Versicherungsbestandes niedriger sein, als es technisch erforderlich ist. Es kommt immer nur darauf an, daß die Reserven richtig sind, und wenn sie dies sind, so kommt ihre Höhe nicht in Betracht. Wir halten es für wichtig, dies hervorzuheben, damit nicht aus den Zahlen unserer Tabelle unrichtige Schlüsse gezogen werden, und damit nicht der Irrthum herverursacht wird, als seien die Gesellschaften, deren Prämien-Reserven und Überträge Ende 1868 absolut und im Verhältnisse zum Versicherungsbestande niedriger sind, um deshalb auch ohne Weiteres weniger solide und weniger vertrauenswürdig als die Gesellschaften, deren Reserven nach der Tabelle höher sind. Aus des Rubrik, welche den Zuwachs der Reserven bei den verschiedenen Gesellschaften im Jahre 1868 zeigt, ergiebt sich als Illustration zu dem vorstehenden Gesagten, daß bei dem Zuwachse zu den Reserven im letzten Jahre das Verhältnis sich umkehrte und daß die jüngeren Gesellschaften aus der Einnahme des letzten Jahres mehr zu der Prämienreserve zurückgestellt haben, als die älteren Gesellschaften. Wenn sich auch der hohe Prozentsatz dieses Zuwachses bei Nordstern und der Basler Gesellschaft dadurch erklärt, daß beide Gesellschaften in dem betreffenden Jahre beträchtliche Einzahlungen für Rentenkäufe erhalten haben, so hat doch der

1847 gegründete Janus in Hamburg 37, Proz., die 1861 gegründete Rentenanstalt in Stuttgart 35, Proz., und die 1857 gegründete Germania in Sietteln 34, Proz. der Prämienannahme 1868 zur Prämienreserve zurückgestellt, während die Prozentsätze für diese Zurückstellung in demselben Jahre bei der 1827 gegründeten Gothaer Bank nur 22, Proz., bei der 1836 gegründeten Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft nur 20, Proz. betragen. Auch diese Differenz erklärt sich ebenso, wie die Differenz der Gesamthöhe der Reserve, aus der Natur der Dinge, und es würde hier wieder falsch sein, aus dem höheren Betrage, welchen einzelne Gesellschaften 1868 aus ihrer Prämienannahme zur Prämienreserve zurückstellten, zu schließen, daß nur um deswollen diese Gesellschaften solider und vertrauenswürdiger seien, als die Gesellschaften, welche 1868 einen kleinen Theil ihrer Prämien nur zur Bildung der Prämienreserve zu verwenden brauchten. — Wenn wir trotzdem, daß nach den vorstehenden Bemerkungen allen solchen vergleichenden Zusammenstellungen verschiedener Lebensversicherungsgesellschaften nur ein sehr bedingter Werth beizulegen ist, unsere Tabelle veröffentlich, so thun wir dies, weil sich mindestens die eine sichere Thatache daraus ergiebt, daß das Gesamtgebilde, welches mehrfach das deutsche Lebensversicherungswesen bietet, ein erfreuliches ist, und zu keinen Besorgnissen Anlaß gibt. Die Gesamtsumme des bei den 26 Gesellschaften Ende 1868 verbliebenen Bestandes an Kapitalversicherungen belief sich auf Thlr. 317,376,766. Die Jahresannahme der 26 Gesellschaften erreichte ca. Thlr. 12,600,000. Die 1868 fällig gewordenen versicherten Summen betrugen mehr als 5,000,000. Die Prämienreserven und Prämienüberträge aller 26 Gesellschaften erreichten Thlr. 37,918,744 und erhielten 1868 allein einen Zuwachs von Thlr. 3,570,533. Die 26 Gesellschaften haben also 1868 durchschnittlich mehr als 28 p.C. ihrer Jahresannahme zur Prämienreserve zurückgestellt. Den Beweis liefert die Zusammenstellung, daß die deutschen Gesellschaften weit entfernt sind von solchen Zuständen, wie sie bei der jetzt zusammengebrochenen englischen Gesellschaft Albert bestanden, bei welcher 1861, nach 24jährigem Bestehen der Gesellschaft, für Thlr. 48,332,833 Versicherungsbestand nur Thlr. 973,573, gleich 2,00 p.C. des Versicherungs-Bestandes, an Reserven vorhanden waren.

B. K. B. Neben die Ausdehnung der Kinderpest in der Neumark dürfte folgende Mittheilungen von Interesse sein, nachdem die Seuche jetzt glücklich beendet ist. Durch den bekannten Transport des Viehhändlers Naglaupe in Bieker wurden zu Anfang August gleichzeitig als infizirt ermittelt: die Riesche bei Galenitz, Abbau Bechin, Vorwerk Gernheim, Abbau Balz und Dorf Bieker. Einmal später trat die Seuche noch auf einem Gehöft in Bieker, der ersten Auslastestelle des Franken-Transportes, auf. Nebenall wurde zugleich militärische Gehöfts- und Ortsperre angeordnet und im Gange hierzu ein starkes Detachement Päger und 6 Kompanien Infanterie verwendet. Diese Maßregeln begannen am 6. August und am 15. September rückten die letzten Soldaten wieder in ihre Garnisonen ein. In der Riesche waren von Hause aus nur 16 Haupt Kindviele, sie sind zugleich sämtlich getötet, ebenso in Abbau Bechin 17 Haupt, in dem Gehöft Abbau Balz 12 Haupt, in dem infizierten Gehöft zu Nitz 8 Haupt und in dem Vorwerk Gernheim 115 Haupt, davon 72 in einem gemeinsamen Stalle. Es war eine Zeitlang geplante Hoffnung, diesen Stall zu retten, die alzugroße Nähe des zuerst dort verfeuchten Stalles hat später diese Hoffnung bereit; somitliches Vieh wurde auch hier getötet. Im Dorfe Bieker stand der Fall am aller schlimmsten. Die Gehöfte sind hier eng aneinander gebaut und die Infektion war hier von Hause aus schon durch vielfältige Verführung umfangreicher verbreitet. Es handelte sich hier bei Feststellung der Seuche noch um einen Gesamtbestand von rund 740 Haupt. Tötete man, wie gerathen wurde, sofort diesen ganzen Bestand, so vernichtete man mit einem Schlag ein großes Viehkapital unwiederbringlich, ruinierte viele Wirtschaften auf längere Zeit und verursachte der Bundeskasse einen harten Schadensatz von 70—80,000 Thlr. Nach dem statt dessen hier eingeschlagenen Maßregeln der engen Sperrre sind nur 186 Stück getötet und 554 Stück sind gerettet geblieben, ein Wertunterschied im Volkswert von 50,000 Thlr., ungerechnet des Vortheils lebendiges Vieh statt Baumittel zu haben. In Bieker sind von 628 Haupt nur 8 getötet und 620 gerettet, in Balz von 392 nur 12 getötet und 380 gerettet. Es sind also durch die militärische Sperrre und durch nicht sofortiges Töten an diesen 8 Orten rund 1564 Haupt-Kindviele zum Werthe von etwa 150,000 Thlr. und es wurden insgesamt getötet 354 Stück Kindviele im Gesamtwerth von 35,000 Thlr.

Der Gesellschaft	Name	Sitz	Gründungsjahr	Grund- Bestand Ende 1868.	Versicherungs- Kapital.	Ginnahme an Prä- mien, Bin- sen u. pro 1868.	Zu 1868 fällige ge- wordene und bezahlte reservirte Summen.	Prämienreserven und Prämien-Überträge Ende 1868.	Reiner Zuwachs der Prämien-Reserve im Jahre 1868.	
									Thlr. % zum Bestande.	Thlr. % der Ginnahme.
Leb.-V.-B. für Deutschland	Gotha	1827	gegen seitig	60455300	2779355	1208800	12258558	20,177	636424	22,008
Deutsche Leb.-Verl.-Gesellschaft	Lübeck	1828	510000	20386038	827021	444091	3051340	14,908	213277	25,189
Leipziger Leb.-Verl.-Gesellschaft	Leipzig	1830	gegen seitig	15014800	631987	276700	2305443	15,354	172074	27,000
Hannoversche Leb.-Verl.-Anstalt	Hannover	1830	do	2771000	106148	66400	392263	14,186	15648	14,142
Berlinisch Leb.-Verl.-Gesellschaft	Berlin	1836	1000000	14760757	703057	336334	3322704	22,510	142836	20,216
Leb.-V.-Anst. d. Hyp. u. V.-Bank	München	1836	Die Fonds	3014557	116978	59314	523787	17,315	33373	28,510
Allgemeine Verl.-Anstalt	Braunschweig	1842	gegen seitig	920743	38293	15272	238002	25,849	6632	17,319
Frankfurter Leb.-V.-Gesellschaft	Frankf. am M.	1844	1714285	6888775	296991	131139	1104825	16,038	69688	23,405
Leb.-V. u. Pensions-V.-G. "Taupe"	Hamburg	1847	500000	13308432	483093	176115	1685561	12,668	179703	37,198
Leb.-V. Renten-, Kapital- u. Leb.-V.-Bank "Teutonia"	Leipzig	1852	582000	1007325	340118	159200	560580	5,223	78328	23,030
Königliche Leb.-V.-G. "Konkordia"	Köln	1853	1000000	24916865	?	?	3173769	12,131	327861	?
Leb.-Verl. u. Spar-Bank	Schwerin	1853	1000000	1637340	61000	?	124205	7,588	18446	30,240
Leb.-Pensions- u. Leibrenten-V.-Gef. "Iduna"	Halle	1854	gegen seitig	10499737	412382	178456	841506	8,015	71367	17,308
Leb.-V. u. Crispini-Bank	Stuttgart	1854	do	15107659	819537	153990	1473045	9,150	281825	34,388
Leb.-V.-Anst. d. Allg. Rent.-Anst.	Darmstadt	1855	Der Fonds	?	?	?	?	?	?	?
Magdeburger Leb.-V.-Gef.	Magdeburg	1856	1974000	11753185	381088	136279	886815	7,120	129839	34,012
Verl.-Gef. "Thuringia"	Erfurt	1856	2243000	10949977	372381	197034	824030	7,025	104727	28,124
Leb.-V.-Alt.-Gef. "Germania"	Stettin	1857	3000000	48101532	1502633	547430	2977516	6,100	519627	34,081
Schweizerische Renten-Anstalt	Zürich	1857	Die Fonds d.	9607040	427675	122718	681985	7,009	94665	22,135
Frankf. Verl.-Gef. "Providentia"	Frankf. am M.	1857	4571429	6556109	238083	68097	451778	6,891	79763	31,121
Allg. Eisenb.-V.-Gesellschaft	Berlin	1861	750000	4546939	156066	42450	237935	5,233	53077	34,009
Allgemeine Renten-Anstalt	Stuttgart	1861	gegen seitig	1846596	76091	12964	118587	6,422	26862	35,302
Preuß. Leb.-V.-Altien-Gef.	Berlin	1865	1000000	2811775	103506	23314	70624	2,512	25467	24,404
Basler Leb.-V.-Gesellschaft	Basel	1865	2844000	10252774	363133	106034	343900	3,251	138291	38,085
Preuß. Leb.- und Garantie-Verl.-Alt.-Gef. "Friedrich Wilhelm"	Berlin	1866	1000000	6993258	?	?	139884	2,000	50021	?
Leb.-V.-Alt.-Gef. "Nordstern"	Berlin	1867	1250000	4202326	205300	28741	180102	4,288	100712	49,054
Summa				317376766	—	—	37918744	—	3570533	—

Staats- und Volkswirthschaft

märker 44—50 fl., Franzosen 65—70 fl., Marktware 62—66 fl., 1868er Prima nominell 33—38 fl., do. Secunda nominell 25 fl., 1867er außer Frage. (B. S. 3.)

** Der nürnberg. Hopfenmarkt. Unter allen Ländern, in denen der Hopfenbau zu einer beachtenswerten Entwicklung gelangt ist, ragt vor Allem das biergegnete Bayern an, und in ihm die Provinz Mittelfranken durch ausgezeichnete Hopfenkultur hervor; es ist deshalb erklärlich, daß die alte Handelsstadt Nürnberg im Laufe der Jahre der Zentralpunkt, ja man kann sagen, der Weltmarkt für den Hopfenhandel wurde, von dem aus die bedeutendsten auswärtigen Firmen und Brauer aus aller Herren Länder, sowie die überseeischen Plätze ihren Bedarf entnehmen. Was den eigentlichen Markt betrifft, so besteht derselbe ohne alle amtliche Kontrolle und Aufsicht. Die Preise, die auf diesem Markt erzielt werden, gelten als Maßstab für alle Hopfenländer, so daß die Nürnberger Kurse und Marktberichte allerorts, wo die Hopfenkultur und Hopfenhandel blüht, mit nicht geringer Spannung erwartet werden; zu Zeiten des lebhaften Verkehrs ist der Telegraph kaum im Stande, alle die zur Aufgabe gelangenden Depeschen über das Ergebnis und die Fluktuationen des Marktes zu befördern. — Drei Tage der Woche, nämlich Dienstag, Donnerstag und Sonnabend sind als Hauptmarkttage im Hopfenhandel zu bezeichnen; über die an diesen Tagen normirten Preise, sowie über die anderwärts festgestellten Kursnotizen berichtet je am letzten Markttage die in Nürnberg ercheinende "Allgemeine Hopfenzeitung". Welch kolossale Massen von Hopfen aber allein in Nürnberg zum Verkauf gelangen, geht daraus hervor, daß nach einem zehnjährigen Durchschnitt der jährliche Marktmaktf 200,000 Ballen beträgt. — In den letzten beiden Jahren (1867 und 1868) war jedoch das Hopfengeschäft für den Händler, wie für die Produzenten weniger gewinnbringend; die Überproduktion drückte, da die mehr und mehr steigende Hopfenkultur die Entwicklung der Bierproduktion überflügelte, sehr erheblich auf die Preise, und so erfuhr dieselben, wie sich aus nachstehender Tabelle in übersichtlicher Weise ergiebt, vom September d. J. 1867 ab einen wesentlichen Rückschlag. Es stellten sich nämlich seit August 1866 die Preise am Nürnberger Hopfenmarkt wie folgt:

	1866	1867	1868
Fluren			
Januar	—	119—131	29—47
Februar	—	111—12	

Angelokommene Freunde vom 24. Septbr.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Frau Rittergutsbesitzer v. Trapezynska auf Graybowo, lgl. Baumeister v. Seydlitz aus Neutomysl, Rentier Zimmermann aus Berlin, die Kaufleute O'Brien aus Köln, Butter, Sonnenflocken und Seife aus Breslau, Niemah aus Bremen, Notti aus Darmstadt, Stroh aus Pyritz, Pfeil aus Leipzig, Schulz aus Berlin, Strohwein aus Oppeln, Freitag aus Hannover, Günther aus Königsberg.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Reichsgraf v. d. Lippe auf Schloss Neudorf, Lieutenant Graf v. d. Lippe, die Rittergutsbesitzer Baarth auf Modrza, Rölin auf Gowarzewo, die Kaufleute Wołtido aus Stettin, Becker aus Nordhausen, Oberwirth und Plump aus Berlin, Ryssel aus London, Kugellennbogen aus Breslau, die Fabrikbesitzer Tobias aus Kosten und Kamerer aus Karlsruhe.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Saahs aus Bromberg, Meyer aus Berlin und Mankiewicz aus Lissa, Postexpedient Witzig und Frau aus Gostyn, Landwirth Alten aus Schlesien, Graf Lubenski aus Polen, Inspektor Herkut aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Potowowski auf Golla und v. Słanck und Tochter auf Komornik, Brennereidirektor Jakubowski aus Warschau, Kaufmann Herrmann aus Stralsund.

SCHWARZER ADLER. Gärtner Celler aus Belic, Wirtschaftskomm.

Jakubowicz aus Linz.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Haas und Frau auf Nowiec, Richter auf Piątkowo, Bäckermeister Gochinski und Familie aus Gnesen, Landwirth Gühloß aus Dębno, Ingenieur Haeßen aus Mogilno, Kaufmann Ratz aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Bybicki und Familie aus Niewierz, Losow aus Grabonog, Roscielski aus Szarley, Graf Soltoński aus Czacz, Graf Dąbrowski aus Kolaczkowo und Frau Kekowska aus Koszuty.

BERNSTEINS HOTEL. Orligent Samberger aus Batzowo, die Kaufleute Licht aus Budewitz und Jentis aus Wollstein.

(Eingesandt.)

Murowana-Goslin, 23. September. Gestern hatte unsere Stadt ein Festtagsgewand angezogen. Es galt der Vermählungsfeier der Tochter des Hrn. Ritterchtsrats Baron v. Wintzel mit dem Ritter und Rittergutsbesitzer Hrn. v. Jagow auf Uchorowo. Die Stadt war durch Triumphbogen, Guirlanden und Fahnen vom Schlosse des Hrn. v. W. bis

zur Kirche festlich geschmückt. Der Trauakt wurde unter Aufsicht zweier Prediger durch den Hrn. Oberprediger Dr. Strauß aus Berlin vollzogen. Unter den zahlreichen Verwandten und Gästen der Häuser v. W. und v. J. hatten wir auch die Ehre den Hrn. Oberpräsidenten Graf Königsmarck hier zu sehen. Die allgemeine Theilnahme der Bewohner unserer Stadt an der Feier des Tages dokumentirt die Unabhängigkeit derselben an dem Ergehen der Mitglieder des verehrten Hauses v. W. Die besondere Thätigkeit des Hrn. Bürgermeister Hache bei dieser Gelegenheit darf hier nicht unerwähnt bleiben.

Blasen und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflösigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Leberfeind und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70.000 Genesungen, die aller Medicin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certificate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalesciere Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, gibt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsheilmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von $\frac{1}{2}$ Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalesciere Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freitung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königshberg i. P., A. Kraay, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Sonnabend den 25. September d. J., Vormittags 10 Uhr, in Karlshof (Przygadz) eine Quantität Heu gegen sofortige Baarzahlung öffentlich meistbietend verkaufen.

Kuchlewocki, Königl. Auktions-Kommissarius.

Wer bis zur Karnevalszeit alle hier gebräuchlichen Tänze erlernen will, beliebe gütigst sich anzumelden.

Rochacki, Tanzlehrer, Wilhelmstr. 13. Vom 1. Oktober c. ab werden die Mühlenstraße 6, 3 Treppen hoch, wohnen.

Ein eisernes feuers. Goldspind, ca. 2 Tr. schwer, z. vert. Sandstr. 2, 3 Tr. 1.

Blumenzwiebeln,

echte Haarlemmer und Berliner,

empfiehle in vorzüglichster Qualität; Vergleichsweise gratis und franco. Gleichzeitig empfiehle mich zur Ausführung von Gartenanlagen und Anfertigung von Gartenplänen auf die geschmackvollste und sanbstete Art.

Heinrich Mayer,

Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Ausverkauf.

Wegen Verlegung meines Geschäfts nach Breslauerstraße Nr. 5 verkaufe eine Partie dekorirter Kaffee- und Theeservice, Tassen, Kuchenteller, Dessertsteller, Cabarets, Blumenvasen, Nippfachen etc. zu Einkaufspreisen.

Die Preise für weiße Porzellan- und Glaswaren habe bedeutend herabgesetzt.

Louis Moebius,

Breslauerstraße 13 f 14.

Aufrechtstehende Dampf-Maschinen

die einzigen mit isoliertem Sockel (brevetées s. g. d. g.)

HERMANN-LACHAPELLE ET CH. GLOVER

Mechaniker und Maschinenbauer, Paris, 14th, Faubourg Poissonnière, Paris.

Dragas, feststehende und losenbaren; von 1—20 Pferdekraft. Höchste Preise auf allen Ausstellungen, sowie auf der Weltausstellung von 1857. Billiger als alle andern Systeme. Keine Aufstellungskosten; keine besondere Beureßen. Der Preis eines gewöhnlichen Ofens ist hinreichend für die geringen Pferdekäfte. Sie werden aufschärflich geliefert, brennen all' Art Brennmaterial und nügen die ganze Wärme aus; können von Feueramme direkt und unmittelbar werden. Sind mit einem Feuer amme für das Speisewasser, mit einem Regulator uno über zwei Pferdekraft hinaus, mit veränderlichem Dampfdruck versehen. Die Regelmaßigkeit ihres Gangs macht sie für alle industriellen und agronomischen Unternehmungen anwendbar.

Unbedingte Sicherheit — Bedeutende Ersparnis

— Garantie.

Detaillierte Prospektus in deutscher Sprache franz.

Die Bronze- u. Messingwaaren-Fabrik

G. H. Speck

in Berlin, Lieckstraße 2, nahe der Chausseestraße, empfiehlt ihr reichhaltiges Lager aller Sorten

Thüren- und Fensterbeschläge

nach den neuesten Modellen und reichhaltigster Auswahl in verschiedenen Bronzen, Vergoldung, Ebenholz, Elfenbein, Rothguß und Messing bei prompter Bedienung zu den solidesten Preisen. Musterkarten, sowie Proben nebst Preis-Courant werden auf Verlangen eingesandt.



Haus-
und Küchen-Geräthe

in bedeutender Auswahl empfiehlt

C. Preiss, Breslauerstr. 2.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

M. Heymann.

Weintrauben,
sehr schön und süß, das Brutto-Pfund 2 $\frac{1}{2}$ Sgr., 12 Pfund inklusive Verpackung 1 Thlr. (Kurbücher gratis) versendet gegen frank. Einwendung des Betrages oder Nachnahme.

Paul Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.



in bedeutender Auswahl empfiehlt

C. Preiss, Breslauerstr. 2.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und Intasso-Geschäft.

M. Heymann.

Montag und Dienstag, den 27. und 28. d. Mts., bleibt mein Geschäft der Feiertage halb geschlossen.

P. Seler in Crossen a. O.

Speditions- und

Telegraphische Börsenberichte.

bz., Br. u. Gd., Okt.-Nov. 15½ bz. u. Gd., 15½ Br., Nov.-Dez. 15½ bz., Jan.-Febr. —, April-Mai 15½ a 1½ bz.

Mehl, Weizemehl Nr. 0, 4½—4½ Rt., Nr. 0. u. 1, 4½—4 Rt., Roggenmehl Nr. 0, 3½—3½ Rt., Nr. 0. u. 1, 3½—3½ Rt. pr. Ctr. unverfeinert exkl. Sac. — Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unverfeinert inkl. Sac; per diesen Monat 3 Rt. 17½ Sgr. bz., Sept.-Okt. 3 Rt. 17 Sgr. bz., Okt.-Nov. 3 Rt. 15½ Sgr. a 3 Rt. 16 Sgr. bz., Nov.-Dez. 3 Rt. 15 Sgr. bz., Dez.-Jan. 3 Rt. 14½ Sgr. Br. (B. & S.)

Stettin, 23. September. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. Thermometer: + 10° R. Barometer: 28. Wind: SW.

Weizen etwas höher. Schlussruhig, p. 2125 Pfd. loto gelber inländ. neuer 62—66 Rt., feiner 66—70 Rt., alter 70—74 Rt., bunt. poln. 65—67 Rt., ungar. neuer 66—66 Rt., feiner 66—69 Rt., alter 68—65 Rt., 83 Pfd. gelber pr. Sept. 73 Gd., Sept.-Okt. 69, 69½, 69, 69½ bz., Okt.-Nov. 69, 69½, 69 bz. u. Gd., Frühjahr 69½, 69, 69 bz. u. Gd.

Roggen höher, p. 2000 Pfd. loto 47—49 Rt., 82 Pfd. 50½ Rt., 85 Pfd. 52½ Rt., pr. Sept., Sept.-Okt. und Okt.-Nov. 48½, 48½ bz. u. Gd., 48½ Rt., Frühjahr 48, 48½, 48 bz. u. Gd.

Gerste ohne Handel wegen Mangel am Käufern.

Hafner fester, p. 1800 Pfd. loto 28—29½ Rt., 47½ Pfd. pr. Sept.-Okt.

29½ Rt., Frühjahr 29½ u. Gd.

Erbse p. 2250 Pfd. loto Futter 58—60½ Rt., Kaff. 62—63 Rt.

Winterrüben p. 1800 Pfd. Sept.-Okt. 104 Rt. bz.

Rübel fest, loto 12½ Rt. Br., pr. Sept.-Okt. 12½ bz. u. Gd., Okt.-Nov.

u. Nov.-Dez. 12½, Br., 12½ bz. u. Gd., April-Mai 12½ Br., 12½ bz. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loto ohne Sac 16½, 17½ bz. u. Gd., 1 abgel.

Anmied. 15½ Rt. bz., pr. Sept. 16 bz., Sept.-Okt. 15½ bz. u. Gd., Okt.-Nov.

15½ bz., Frühjahr 15½ bz. u. Gd.

Angemeldet: 100 Wspel Weizen, 50 Wspel Roggen, 50 Wspel

Hafner, 200 Centner Rübel, 20,000 Quart Spiritus.

Regulierungspreise: Weizen pr. Sept. 73 Rt., Sept.-Okt. 69½ Rt., Roggen 48½ Rt., Hafner 29½ Rt., Rübel 12½ Rt., Spiritus 16 Rt.

Petroleum-Markt, loto 8 Rt. Br., 1 abgel. Anmied. 8 Rt. bz., Br. u. Gd., Nov.-Dez. 8½, 8½ bz., 8½ Br. (Oft. Stg.)

Breslau, 23. Sept. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht] Roggen (p. 2000 Pfd.) behauptet, pr. Sept. 48½ bz., Sept.-Okt. 48½ bz. u. Br., Okt.-Nov. 47½ Br., 47½ bz. u. Gd., April-Mai 46½ bz. u. Br.

Wheat pr. September 65½ Br., Gerste pr. September 50½ Br.

Hafner pr. September 43 Br., Jan.-Febr. März und März-April im Verbande 42½ bz.

Rübel fest, loto 12½ Rt. pr. Sept. und Sept.-Okt. 12½, 12½ bz. u. Gd.

Okt.-Novbr. 12½ bz. u. Br., Nov.-Dez. 12½ Br., Dez.-Jan. 12½ bz. u. Gd.

April-Mai 12½ Br., 12½ bz. u. Gd.

Rapskuchen in ruhiger Frage pr. Ctr. 68—70 Sgr.

Leinluchen pr. Ctr. 88—92 Sgr.

Spiritus fest, loto 16½ Br., 15½ Gd., pr. Sept. 15½ bz. u. Gd.

Sept.-Okt. 15½ bz., Okt.-Nov. 14½ Br., Nov.-Dez. 14½ Br., April-Mai 14½ Gd.

Sack ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission. (Bresl. Hdls. Bl.)

Bromberg, 23. Sept. Wind: B. Wetter: Regen. Mrg. 6+ Mitt. 10+

Weizen 120—125 Pfd. 60—63 Thlr., 126—130 Pfd. 64—67 Thlr.

Roggen 44—45 Thlr. pr. 2000 Pfd. Bölgemirat.

Grüne große Gerste nach Qualität 38—42 Thlr. pr. 1875 Pfd.

Erbse 48—50 Thlr.

Spiritus ohne Befür.

(Bromb. Stg.)

Fonds- u. Aktienbörsen.

Ausländische Fonds.

Berlin, den 23. September 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 97 bz.

Staats-Anl. v. 1859 5 100½ bz.

1854, 55, A. 4½ 93½ bz.

1857 4½ 93½ bz.

1859 4½ 93½ bz.

1858 4½ 93½ bz.

1864 4½ 93½ bz.

1867 A.B.D.C. 4½ 93½ bz.

1850, 52 Anl. 4 85½ bz.

1858 4 83½ bz.

1862 4 83½ bz.

1868 A. 4 83½ bz.

Staatschuld-Anteile 8 80 bz.

Präm. St. Anl. v. 1855 8½ 115½ bz.

Kurz. 40 Thlr.-Obl. 56½ B.

Kurz. u. Neu. Gold 8½ B.

Öderdeichbau-Obl. 4

Berl. Stadtbrief 5 100½ B.

do. 91½ bz.

do. 70½ bz.

Berl. Börs.-Obl. 5

Berliner 90 B.

Kurz. u. Neu. 72 bz.

do. do. 81 bz.

Österr. 79 B.

do. 86 bz.

Pommersche 7½ bz.

do. 80½ B.

Posensche 4 —

do. neue 4 81½ B.

Sachsen 81 B.

Schlesische 2½ —

do. Lit. A. 4 —

do. neue 4 —

Westpreußische 70½ bz.

do. 79 B.

do. neue 4 —

do. 85 bz.

Kurz. u. Neu. 85½ bz.

Pommersche 86½ bz.

Berl. Kass.-Verein 4 161 B.

Preußische 84½ B.

Kreis. Westf. 89 bz.

Sächs. 87½ B.

Schlesische 87½ bz.

Löbzig. Kredit.-Bl. 4 83½ B.

Preuß. Hyp. Pfddr. 4 91 B.

Kreis. do. Henkel 4 86 B.

do. Bettel.-Bank 4 96½ bz.

Bank- und Kredit-Aktien und

Anteilscheine.

Berl. Kredit.-Bl. 0 6½ G.

Do. National-Anl. 5 55 bz.

Do. 250. Pr. Odl. 4 73 B.

Do. 100. J. Krebs. 8. 89 B.

Do. Börs. (1860) 5 76½—76 bz. alt.

Do. Börs. (1860) 5 76½—76 bz. alt